Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1952

57 (7.3.1952)

Visual Library

ETTLINGER ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgegeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

Badischer Landsmann
gegründet 1896

Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./53. Jahrgang | Freitag, den 7. März 1952 | Nr. 57

Belgien verbietet Kriegsgräber-Besuch

Dementi aus Brüssel — Wer zahlt die Kosten?

Bonn (ZSH). Wie der Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge mitteilt, hat die belgische Regierung den Besuch des deutschen Soldatenfriedhofes bei Lommel, der für den 8. und 9. März geplant war, untersagt. In einem Dementi, das vom Volksbund als „völlig unerklärlich" bezeichnet wird, behauptete die belgische Regierung dagegen, daß diese Behauptung jeglicher Grundlage entbehre. Die einzige Bedingung, die die belgische Regierung zu stellen habe, sei, daß an den Kriegsgräbern keine Demonstrationen stattfinden, die zu belgischen Gegendemonstrationen führen könnten.

Nach der Darstellung des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge haben die belgischen Behörden den Besuch zunächst stillschweigend dulden wollen, später jedoch die Erlaubnis wieder zurückgezogen, um keinen Präzedenzfall zu schaffen. Ein Vertreter des Volksbundes habe festgestellt, daß an dem Friedhof in Lommel ein Schild angebracht worden sei, das ein Betreten des Friedhofs durch Deutsche ausdrücklich verbietet.

Die undurchsichtige Angelegenheit, in die sich inzwischen auch das Auswärtige Amt eingeschaltet hat, wird dadurch noch erschwert, daß bis jetzt noch keine Abmachungen zwischen beiden Ländern über die Pflege der Kriegsgräber getroffen wurden. Während in Brüssel behauptet wird, daß die Bundesregierung auf Grund eines im Februar abgeschlossenen Vertrags verpflichtet sei, für die Instandhaltung der Kriegsgräber zu sorgen, wird in Bonn erklärt, daß es üblich sei, daß beide Länder die Pflege der Gräber gemeinsam finanzieren. Allerdings wurde im Jahre 1926 ein Vertrag zwischen beiden Ländern abgeschlossen, der die Übernahme der gesamten Unterhaltungskosten der Kriegsgräber durch Deutschland vorsieht.

194 Einwohner pro Quadratkilometer

Bonn (UP). In der Bundesrepublik (ohne Saargebiet) leben heute 47 Millionen Menschen, das heißt 194 auf dem Quadratkilometer. Nach den Feststellungen des Instituts für Raumforschung betrug 1939 die Bevölkerungsdichte im Reichsgebiet 147 Einwohner je Quadratkilometer und in der heutigen Bundesrepublik 160. Während das Gebiet der Bundesrepublik im Jahre 1900 mit 112 Einwohnern je Quadratkilometer noch an fünfter Stelle unter den europäischen Ländern stand, befindet es sich jetzt hinter Belgien, den Niederlanden und Großbritannien an vierter Stelle.

Sowjetischer Spionage-Ring aufgedeckt

Fabrikationsgeheimnisse verraten — Vier Verdächtige verhaftet

Düsseldorf (UP). Eine Sonderkommission der Bundeskriminalpolizei hat im Ruhrgebiet in einer sensationellen Aktion einen umfangreichen Wirtschafts- und Industrie-Spionagering aufgedeckt und im Verlauf der sorgfältigen und schwierigen Ermittlungen bereits vier leitende Mitarbeiter westdeutscher Industrieunternehmen unter dem dringenden Verdacht verhaftet, den Sowjets Informationen über Fabrikationsgeheimnisse und Rohstoffvorräte zugespielt zu haben. Wie zuständige Stellen in Bonn berichteten, ist mit neuen Verhaftungen in diesem bisher größten Spionagefall nach dem Krieg in aller Kürze zu rechnen.

Die vier Verhafteten sollen zu zwei Gruppen gehört haben, die untereinander in Verbindung standen. Bei einem der von der Bundeskriminalpolizei festgenommenen Angestellten handelt es sich um den Oberingenieur Johannes Krutzek, der als Prokurist in der Elektrogesellschaft Funke & Huster in Kettwig tätig war. Krutzek soll als Verbindungsmann zwischen den beiden Gruppen tätig gewesen sein.

Das Bundeskriminalpolizeiamt hat bereits seit langer Zeit Ermittlungen und Beobachtungen in dieser Affäre angestellt. Unter dem umfangreichen beschlagnahmten Material sollen sich Beweise dafür befinden, daß die Inhaftierten — die inzwischen in das Essener Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert wurden — seit langer Zeit Kontakt zu führenden sowjetischen Wirtschaftsstellen unterhielten und diesen laufend geheime Fabrikations- und Organisationsanweisungen sowie Einzelheiten über Rohstoffbestände zugespielt haben. Ein Mitinhaber der Firma Funke erklärte, sein Prokurist Krutzek sei sofort beurlaubt worden, doch werde es für ausgeschlossen gehalten, daß der als „solider Mann" geschilderte Verhaftete Patente oder Patentschriften seiner Firma verraten habe.

Juristische Sachverständige legen sich bei dieser Gelegenheit die Frage vor, nach welchen Gesetzesbestimmungen die Weiterleitung von Industriegeheimnissen an die Sowjets bestraft werden soll. Man verweist darauf, daß andere ausländische Staaten sehr viel häufiger über Fabrikationsvorgänge und andere Einzelheiten der westdeutschen Produktion unterrichtet werden.

568.8 Milliarden Rubel (rund 535 Milliarden DM) Einnahmen und Ausgaben sieht das sowjetische Budget vor, das der Oberste Sowjet auf seiner Sitzung in Moskau vorschlug.

Nationalversammlung bestätigt Pinay

28 abtrünnige Gaullisten gaben den Ausschlag - Auseinandersetzung in der RPF

Paris (UP). Die französische Nationalversammlung hat den unabhängigen Republikaner Antoine Pinay mit 324 gegen 206 Stimmen als Ministerpräsident bestätigt. Das Ergebnis löste eine so große Überraschung aus, daß der Präsident der Nationalversammlung, Herriot, eine zweimalige Nachzählung der Stimmen anordnete.

Pinay erhielt 11 Stimmen mehr als die verfassungsmäßig vorgeschriebene absolute Mehrheit, die bei 624 Abgeordneten 313 Stimmen beträgt. Die Kommunisten und Sozialisten haben geschlossen gegen ihn gestimmt. Wie sich herausstellte, haben etwa 28 Angehörige der RPF (Gaullisten) entgegen der Parole ihrer Partei ihre Stimmen für Pinay abgegeben und auf diese Weise den Ausschlag zu seinem Sieg gegeben. In der Nationalversammlung löste diese Tatsache ungeheures Aufsehen aus. In den Reihen der RPF kam es zu erregten Auseinandersetzungen, wobei die Frage heftig diskutiert wurde, ob die Parteidisziplin oder die „nationalen Interessen" bei einer wichtigen Entscheidung den Vorrang haben.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, fand nach der Abstimmung unter dem Vorsitz de Gaulles eine interne Parteikonferenz der RPF unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. General de Gaulle soll dabei geäußert haben, daß die Koalitionen der Mittelparteien Frankreich in den letzten vier Jahren von einer Krise zur anderen geführt hätten, und daß es sich dabei „um Leichen handelt, die bereits einbalsamiert sind und nur noch auf die Beerdigung warten".

In Kreisen der Nationalversammlung wurde darauf hingewiesen, daß Pinay durch sein entschlossenes Auftreten und durch den Hinweis auf die dringenden Finanz- und Wirtschaftsprobleme Frankreichs die Zustimmung der Mehrheit gefunden habe. Der neue Ministerpräsident hatte in einer Programmrede vor der Nationalversammlung scharfe Maßnahmen gegen die Steuerhinterziehung und eine allgemeine Steuerreform gefordert, um einen Ausgleich des Staatshaushalts zu erreichen.

In Paris weist man jedoch darauf hin, daß Pinays Erfolg nur vorläufig ist. Er muß jetzt sein Kabinett zusammensetzen, das seinen Plänen entsprechend aus „Fachleuten" bestehen soll. Es ist aber nicht sicher, daß das neue Kabinett, das er der Nationalversammlung vorstellen wird, bei der zweiten Abstimmung die erforderliche Mehrheit erhält.

Aus Protest gegen die Politik General de Gaulles ist der Abgeordnete Robert Montillot aus der Sammlungsbewegung de Gaulles ausgetreten. Montillot überreichte seine Rücktrittserklärung, nachdem bekanntgeworden war, daß die Gaullisten bei der Abstimmung zur Investitur Pinays als neuen Ministerpräsidenten Frankreichs mit „Nein" stimmen würden.

Der neue französische Ministerpräsident Pinay

Truman fordert 7,9 Milliarden Auslandshilfe

Die freie Welt braucht Unterstützung - Isolationismus wäre kostspieliger

Washington (UP). Präsident Truman forderte von dem amerikanischen Kongreß die Bewilligung von 7,9 Milliarden Dollar für die Unterstützung der freien Nationen beim Aufbau ihrer antikommunistischen Verteidigung.

„Europa hat in den letzten fünf Jahren hinsichtlich seiner Integration größere Fortschritte gemacht als in den vergangenen fünf Jahrhunderten", so führte der Präsident u. a. aus und fügte hinzu, daß sich die Produktion militärischer Güter in Europa seit dem Ausbruch des Korea-Konfliktes vervierfacht habe. „Die europäischen Nationen haben die Ausbildungszeit für ihre Rekruten verlängert und ihre Streitkräfte wesentlich verstärkt. Die Schnelligkeit der militärischen Erstarkung hat Millionen von Europäern neues Vertrauen in ihre Fähigkeit gegeben, einer Aggression zu widerstehen."

Die Bewilligung von 7,9 Milliarden Dollar für die militärische und wirtschaftliche Unterstützung der Verbündeten der USA sei trotz der starken steuerlichen Belastung des amerikanischen Volkes schon deshalb gerechtfertigt, weil damit die Hoffnung gestärkt werde, daß der freien Welt der Frieden erhalten bleibe. Die Sowjetunion wisse genau, daß sie ihre Ziele in Europa nicht erreichen könne, solange die Politik der gemeinsamen Stärke weiter verfolgt werde. Der Präsident gab aber zu, daß trotz aller Erfolge das Erreichte noch weit von den gewünschten Zielen entfernt sei. Doch werde General Eisenhower bis zum Ende des laufenden Jahres über eine Streitmacht verfügen, die groß genug sein werde, um die Männer des Kreml von dem Risiko einer Aggression abzuhalten.

Als Alternativen zur Auslandhilfe nannte Truman die Rückkehr zum Isolationismus oder einen Präventivkrieg. Die letztere Möglichkeit bezeichnete der Präsident als „unsinnig". Der Isolationismus würde zwar für den Augenblick zweifellos eine Entlastung bringen. Auf die Dauer gesehen werde er sich jedoch noch als wesentlich kostspieliger erweisen, da dann der Ausfall des von anderen Ländern aufgebrachten Verteidigungsbeitrags durch die USA ersetzt werden müsse.

Einen großen Teil der Verteidigungsleistungen der verbündeten Nationen könnten nach Ansicht Trumans die USA auch bei größter Anspannung aller Kräfte nicht wettmachen. Würde — so sagte er — die Sowjetunion die übrigen Gebiete der Welt gegen die USA mobilisieren, dann müßten die Vereinigten Staaten mit einem blutigen Krieg rechnen, der sich dann sogar noch im eigenen Land abspielen würde. Mit dem Größerwerden der Verteidigungskraft der befreundeten Nationen werde sich dagegen langsam in Amerika eine Entlastung bemerkbar machen.

Die von Truman geforderten Beträge für die militärische und wirtschaftliche Unterstützung der freien Welt sollen wie folgt aufgeteilt werden: 5889 Millionen Dollar für Europa, 802 Millionen Dollar für den Nahen Osten und Afrika, 1019 Millionen Dollar für Asien und die pazifischen Staaten, 84 Millionen Dollar für Lateinamerika. Dazu kommen noch 75 Millionen Dollar für Verwaltungskosten, 30 Millionen Dollar für Frachten sowie kleinere Beträge für andere Unkosten.

Kein Dollar zu viel

In einer Rundfunkrede setzte Präsident Truman dem amerikanischen Volk die Gründe auseinander, die ihn veranlaßt hatten, 7,9 Milliarden Dollar für die Unterstützung der freien Welt zu fordern. Ziel dieses Programms sei, so sagte er, „unseren Alliierten Waffen und Ausrüstung in die Hände zu geben und unseren Freunden im Aufbau ihrer Wirtschaftskraft so zu helfen, daß sie im Kampf um die Freiheit als vollwertige Partner auf eigenen Füßen stehen können. Wir wollen die Welt nicht auf unseren Schultern tragen. Dieses Programm soll mit dazu beitragen, die Welt auf ihre eigenen Füße zu stellen."

In seinen weiteren Ausführungen gab Truman zu, daß es vielleicht unpopulär sei, in einem Wahljahr solche Finanzforderungen zu stellen. Aber er glaube, daß es besser sei, den Kampf gegen den Kommunismus zu gewinnen als eine Wahl. „Ich würde es dem Kongreß niemals zumuten, einen Dollar mehr auszugeben, als nötig ist. Aber ich bin der Überzeugung, daß wir uns eine Politik des ‚zu wenig und zu spät' nicht leisten können. Dafür ist das Risiko zu groß."

Zurückstellung verlangt

Der republikanische Senator James Kem forderte den Kongreß auf, die Behandlung der Vorlage Präsident Trumans so lange zurückzustellen, bis Frankreich und die deutsche Bundesrepublik die Lissaboner Beschlüsse über die Verteidigung Europas ratifiziert haben. Er erklärte, die Lissaboner Beschlüsse seien keinen Heller wert, bevor sie von der französischen Nationalversammlung und dem deutschen Bundestag gebilligt seien. Es sei auch möglich, daß sie überhaupt nicht ratifiziert werden.

Lösegeld für Oatis gefordert

Das US-Außenministerium arbeitet energisch daran, die Freilassung des amerikanischen Korrespondenten William Oatis zu erreichen, der in Prag zu einer langjährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Die Tschechoslowakei hat, wie in Washington verlautet, jetzt dafür ein hohes Lösegeld gefordert, darunter eine Ermäßigung der amerikanischen Entschädigungsforderung für enteigneten Besitz und die Lieferung der Ausrüstung eines Stahlwerks im Wert von 17 Millionen Dollar, die im Jahre 1947 bestellt, deren Ausfuhr jedoch gesperrt wurde. Das Außenministerium erklärte demgegenüber: „Die Verfügung über das Stahlwerk ist und wird mit dem Fall Oatis in keinen Zusammenhang gebracht".

Das „England des Fernen Ostens"

Von Eduard Funk

Marschall Tschiang Kai Shek kündigte an, daß er mit seinen Truppen noch in diesem Jahr einen Angriff auf das rotchinesische Festland unternehmen wolle.

Tag und Nacht patrouillieren sechs chinesische Zerstörer entlang der kahlen Küste zwischen Amping und Kelung, um jene Boote abzufangen, die — meist allerdings nur im Schutz der Dunkelheit — entweder Formosa ansteuern oder von dort zum Festland gelangen wollen. Die Zeiten sind zwar vorbei, in denen alltäglich Dutzende von Dschunken mit angsterfüllten Menschen an Bord bei Tschiang Kai Shek Zuflucht suchten. Gouverneur K. C. Wu, dem die Versorgung von über einer Million Flüchtlinge schon Sorgen genug bereitet, ärgert sich viel eher über die nur schwer zu packenden Agenten, die ihm Mao Tse Tung auf den Hals schickt.

Und außerdem klagt General Sun Li Yen, der Kommandant der Insel Formosa, daß ihm fortwährend Soldaten desertieren. Denn die meisten der rund 300 000 Mann, die Tschiang vom Kontinent herüberbrachte, haben ihre Familien drüben gelassen. Sie müssen heute einen scharfen Drill über sich ergehen lassen, weil der Generalissimus aus ihnen eine schlagkräftige Truppe machen will. Für ihren Dienst erhalten sie aber nur zwei Dollar, d. h. etwa acht Mark Sold im Monat. Mancher von ihnen erliegt daher den rotchinesischen Lockungen, die den fünffachen Betrag oder, im Fall der Dienstquittierung, ein ertragreiches Stück Land versprechen.

Nicht minder schwierig ist für die chinesischen Herren die Behandlung der sechs Millionen Eingeborenen, die manchmal recht rebellisch werden, wenn die Zuckerernte zu geringe Preise erbringt, der Reis zur Neige geht oder sich lange mehr kein amerikanischer Dampfer auf der Reede von Takao sehen läßt, das fast ebensoviele Einwohner wie Stuttgart hat. Und da wir gerade bei Vergleichen sind, wollen wir auch hinzufügen, daß Formosa noch ein klein wenig größer ist als der neue Südweststaat der deutschen Bundesrepublik.

Wenn man den US-Bevollmächtigten auf der Insel, General William C. Chase, fragt, ob Formosa sich gegen einen etwaigen Angriff, den Mao Tse Tung ja schon einige dutzendmal in Aussicht gestellt hat, verteidigen könne, dann lacht er zuversichtlich über sein breites Gesicht. Es stehen ihm zwar nur einige wenige amerikanische Spezialeinheiten zur Verfügung, deren Hauptaufgabe es ist, die chinesischen Landser im Gebrauch moderner Waffen zu unterrichten, aber die 13. US-Luftflotte und das VII. Geschwader der US-Marine, die den Schutz Formosas übernommen haben, sind immerhin so beachtliche Streitkräfte, daß Mao es sich sehr wohl überlegen wird, ob er mit ihnen anbinden will.

Diese Vorsorge hat ihre Ursachen, denn aus begreiflichen Gründen liegt den Amerikanern viel daran, daß diese letzte Bastion vor dem chinesischen Festland nicht in die Hände der Kommunisten fällt. Von Sibirien bis Südchina umfaßt ein Inselkranz die ostasiatische Küste. Sachalin, dessen japanischen Südteil Roosevelt in Yalta den Russen überließ — die amerikanischen Generale bekommen Tobsuchtsanfälle, wenn sie an die Schildbürgerstreiche ihres früheren Präsidenten denken, der sogar die als Verbindung zwischen Japan und Alaska ungeheuer wichtigen Kurilen-Inseln an die Sowjets verschenkte — ist der erste natürliche Riegel gegenüber der russischen Amur-Provinz. Dann umklammert Japan das nach ihm benannte Meer bis zur Südspitze Koreas. Die Kiu-Kiu-Inseln sind schließlich die Trittsteine nach Formosa, so daß bei ausreichender Luft- und Seeüberwachung kein Schiff aus dem ostchinesischen Meer ausbrechen kann. Die strategische Bedeutung dieser Inselkette ist also offensichtlich.

Keiner wußte dies besser als MacArthur, der seit frühester Jugend in Ostasien zu Hause ist. Er kämpfte deshalb verzweifelt um jede Division und jedes Flugzeug, die man ihm in Washington verweigerte. Er wollte um jeden Preis den Sieg Mao Tse Tungs verhindern und kritisierte scharf die Einstellung der Unterstützung Tschiang Kai Sheks, die jene einflußreichen Business-Leute der Wallstreet erzwangen, die nur kaufmännisch, wenig politisch und überhaupt nicht militärisch zu denken vermögen. MacArthur propagierte sogar den verwegenen Plan, 15 japanische Divisionen zu bewaffnen und gegen die Kommunisten an der Seite der Nationalchinesen antreten zu lassen.

Zu spät sah man in Washington ein, daß MacArthur mit seinen Theorien wahrscheinlich recht gehabt hatte. Man schickte ihm einige Schiffsladungen Kriegsmaterial und ein neues Bombengeschwader, die aber nicht mehr nach Formosa gelangten, sondern plötzlich nach Korea dirigiert werden mußten, wo inzwischen der kommunistische Angriff erfolgt war. Auch dort stand MacArthur mit seinen schwachen Kräften auf zunächst fast verlorenem Posten. Als ihm die Geduld riß und er entweder sofortigen Waffenstillstand oder Gegenangriff mit allen, auch den riskantesten Mitteln forderte, wurde er von Truman brüsk entlassen. General Ridgway übernahm von ihm ein undankbares Erbe.

Aber ebenso wie sein Vorgänger ist auch er auf die Sicherung Formosas bedacht. Diese Insel unterliegt formell noch immer der ame-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

rikanischen Besatzungsmacht. Sie wurde zwar nach fünfzigjähriger japanischer Herrschaft 1945 offiziell den Nationalchinesen übergeben, jedoch existiert dafür keine schriftliche Bestätigung, da diese erst in einem japanisch-chinesischen Friedensvertrag niedergelegt werden könnte. So bleiben also die Amerikaner vorläufig nach Völkerrecht noch auf der Insel, von der aus Tschiang Kai Shek wieder zum Festland zurückkehren und seine Heimat vom Kommunismus befreien möchte.

„Formosa ist das England des Fernen Osten", verkündete unlängst der nationalchinesische General Chen Cheng; „so wie von England aus eine Invasion gestartet und Europa befreit wurde, werden wir von dieser Insel aus eine Landung auf den asiatischen Kontinent vorbereiten." Bis dahin wird aber noch viel Zeit vergehen, denn aus eigener Kraft ist Tschiang dazu wohl kaum in der Lage, es sei denn, daß seinen Partisanenverbänden auf dem Festland doch noch größere Erfolge beschieden wären.

Lebenslänglich für Rademacher beantragt

Politisches Plädoyer des Staatsanwalts

Nürnberg (UP). Im Prozeß gegen den früheren Legationsrat im Berliner Auswärtigen Amt und Leiter des Jugendreferates, Franz Rademacher, beantragte der Staatsanwalt lebenslängliche Zuchthausstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für den gleichen Zeitraum. Rademacher habe durch die Vernichtung der Juden das Ansehen des deutschen Volkes in schlimmster Weise geschädigt. Der Ausgang des Prozesses werde für das In- und Ausland ein „Prüfstein für die moralische Kollektivverpflichtung des deutschen Volkes" sein.

Die Idee zum Madagaskar-Plan stamme nicht von Rademacher, erklärte der Staatsanwalt weiter; auch sei es völlig unglaubhaft, daß der Angeklagte das Wannsee-Protokoll, das die „Endlösung der Judenfrage" und damit die Vernichtung von elf Millionen europäischer Juden darlegte, nicht gekannt habe. Ebenso habe Rademacher darüber Bescheid gewußt, daß ein großer Teil der Juden nicht nur nach dem Osten deportiert, sondern auch dort vernichtet worden sei. Damit habe der Angeklagte aktiv an der Vernichtung der Juden teilgenommen. Über seine Beihilfe an den Verbrechen gegen die Juden könnten auch Rademachers „30 000 Beziehungsjuden" nicht hinwegtäuschen, die er nur um ihrer Auslandsverbindungen willen geschont habe. Seine „Umsturzpläne", die der Angeklagte zusammen mit Luther gegen Ribbentrop gehegt habe, seien persönliche Auseinandersetzungen gewesen.

Reuter stellt Vertrauensfrage

Entscheidung fällt erst am Freitag

Berlin (UP). Berlins Regierender Bürgermeister Ernst Reuter stellte im Abgeordnetenhaus angesichts des offenen Konfliktes in der Regierungskoalition die Vertrauensfrage. In ihrer Antwort äußerten die Fraktionen der CDU und der FDP ernste Zweifel an einer weiteren erfolgreichen Zusammenarbeit mit der SPD und Reuter. Das Haus vertagte sich jedoch ohne Entscheidung auf Freitag. Reuter betonte, er könne nicht länger den „Wandschirm" abgeben, „hinter dem sich die Politik des Nichtzusammen-Arbeitens abspielt". Wenn man nicht zu einer echten Koalitionspolitik käme, müsse eine Regierung gebildet werden, die mit einer Majorität von nur fünf Stimmen zu arbeiten hätte.

Die CDU-Fraktion stellte hierzu fest, daß es ihr auf der Basis der Reuter-Erklärung unmöglich sei, mit der SPD weiter zu arbeiten. Auch die FDP-Fraktion nahm die Erklärung Reuters mit Ablehnung auf.

Pressekritik ist keine Nötigung

Osnabrück (UP). Die Strafkammer Osnabrück als Berufungsinstanz sprach einen vom Schöffengericht wegen Beamtennötigung verurteilten Mann frei. Der Angeklagte hatte wegen der Beschlagnahmung von Räumen in seiner Wohnung Streit mit einem Kreiswohnungsamt. Er „drohte" den Beamten mit einer ausführlichen Darstellung des Falles in der Presse. Die Strafkammer entschied, daß die Inanspruchnahme der Presse das gute Recht eines jeden Staatsbürgers sei, und daß die öffentliche Kritik an einem Beamten in der Presse bzw. die „Androhung" einer solchen noch keine Beamtennötigung darstelle.

Kandidaten für Friedens-Nobelpreis

Oslo (UP). Das Nobel-Preis-Komitee des norwegischen Parlamentes veröffentlichte eine Liste mit den für den diesjährigen Friedenspreis in Frage kommenden Persönlichkeiten. An erster Stelle stehen der kanadische Ministerpräsident Louis St. Laurent und der kanadische Außenminister Lester B. Pearson. Dann folgen Frank Buchman, amerikanischer Theologe; Albert Schweitzer, „elsässischer" Theologe, Arzt und Philantrop; Salvador de Madariaga, spanischer Diplomat; Carlos Romulo, philippinischer Staatsmann; Miguel Aleman Valdes, mexikanischer Präsident; Graf Coudenhove-Kalergi, Gründer der Pan-Europa-Bewegung; Johannes Ude, österreichischer Pazifist; Wilhelm Förster, deutscher Pazifist; Paul Geheeb, deutscher Pädagoge; Elisabeth Rotten, deutsche Pädagogin und Pazifistin; Hans Wehberg, deutscher Rechtswissenschaftler und Pazifist; Philip Noel Baker, britischer Politiker; Sir Benegal Rau, indischer Diplomat. An Organisationen sind aufgeführt: Academie de Droit International (Genfer Akademie für Völkerrecht); American Society of International Law (Amerikanische Gesellschaft für Völkerrecht); Edinburgh Festival Society (Gesellschaft für die Edinburger Festspiele) und die Grotius Society (Gesellschaft für Völkerrecht mit Sitz in London).

Einheit der Labour-Party in Gefahr

Bildung einer „unabhängigen" Gruppe möglich – Konferenz der Parteiführung

London (E.B.). Um die drohende Spaltung der Labour Party zu verhindern, trat der sogenannte „innere Kreis" der Parteiführung, dem u. a. Attlee, Morrison und Shinwell angehören, zu einer Geheimsitzung zusammen, auf der die offene Rebellion des ehemaligen Gesundheitsministers Bevan und seiner Anhänger beraten wurde.

Lächelnd war Premierminister Churchill am Mittwochabend Zeuge der offen in Erscheinung getretenen Uneinigkeit unter der Labour Opposition. Als der frühere Ministerpräsident Attlee die Fähigkeit der konservativen Regierung bezweifelte, das noch von der Labour-Regierung ausgearbeitete Rüstungsprogramm zu verwirklichen, weigerten sich 56 Abgeordnete des linken Flügels der Labour Party, für den Mißtrauensantrag Attlees zu stimmen.

Nachdem Bevan in dieser eklatanten Weise der Parteileitung die Gefolgschaft aufsagte, wurde sofort von Anhängern des rechten Flügels der Partei die Forderung erhoben, Bevan auszuschließen. Es hat jedoch den Anschein, daß Attlee vor solch scharfen Maßnahmen zurückschreckt, da sie unzweifelhaft die Bildung einer „Unabhängigen Labour Party" zur Folge hätte, womit die Einheit der englischen Sozialisten endgültig zerstört wäre. Trotzdem aber bedarf diese Situation unausweichlich der Klärung, denn die letzte Unterhaussitzung hat gezeigt, daß der Anhang Bevans sich in den letzten Tagen um wenigstens 15 Abgeordnete vermehrt hat. Peinlich ist für Bevan dabei allerdings der Umstand, daß der „Daily Worker" die Labour-Rebellen bereits als Verbündete der Kommunisten im Kampf gegen die Regierung Churchill deklarierte.

Die Entscheidung der Labour Party in dieser heiklen Angelegenheit wird voraussichtlich in der nächsten Woche fallen, wenn die Parlamentsfraktion ihre Vollsitzung abhält.

Python-Fütterung ist Tierquälerei

London (UP). Die deutsche Schlangentänzerin Charlotte Neumaier wurde vor einem Londoner Gericht wegen Tierquälerei angeklagt. Sie war bei der Verhandlung nicht anwesend, da sie inzwischen nach Deutschland abgereist ist, jedoch mußte sich ihr Manager Alexander Groß vor Gericht verantworten. Charlotte Neumaier und Groß wurden vom britischen Tierschutzverband angezeigt, weil die Python-Schlangen, mit denen die Neumaier in einem Londoner Varieté auftrat, mit lebenden Kaninchen gefüttert worden. Großerklärte, der Züricher Zoo habe der Tänzerin mitgeteilt, daß sie ihre Schlangen mit lebenden Tieren füttern müsse. Das Gericht verurteilte Groß trotzdem zu fünf Pfund Sterling (rund 58 DM) Geldstrafe und zum Tragen der Verhandlungskosten von drei Guineen (etwa 37 DM).

Fortschritte in Teheran

Teheran (UP). Der US-Botschafter in Teheran, Loy Henderson, hatte eine einstündige Unterredung mit Ministerpräsident Mossadeg. Die Verhandlungen zwischen Vertretern der Weltbank und der iranischen Regierung haben Fortschritte gemacht. Ein iranischer Regierungssprecher erklärte, daß von der Weltbank annehmbare Vorschläge unterbreitet worden seien. Der Beamte versicherte, daß die Verhandlungen mit der Weltbank in keiner Weise dem Gesetz über die Verstaatlichung des iranischen Öls widersprächen.

Auch Hilali Pascha
der neu ernannte ägyptische Ministerpräsident, fordert den Abzug der Engländer aus der Suezkanalzone und die Herstellung der Einheit des Niltals

Starhemberg-Krise überwunden

Wien (UP). Im österreichischen Parlament begann die Debatte über das Vermögen des Fürsten Starhemberg, des früheren Führers der Heimwehr. Kanzler Figl legte dem Haus einen Kompromißvorschlag vor, nach dem die Regierung die Kontrolle über das Vermögen Starhembergs behalten soll, bis ein Untersuchungsausschuß Starhembergs Tätigkeit vor dem Kriege untersucht hat. Die Sozialisten, die entgegen der Entscheidung des höchsten Verwaltungsgerichts, dem Fürsten seine Besitztümer zurückzugeben, die erneute Konsfiskation verlangt hatten, haben sich bereits mit dieser Kompromißformel einverstanden erklärt. Figl hat seinen Vorschlag an keine bestimmte Zeit gebunden, so daß es der Regierung bei der Annahme des Antrags möglich wäre, die Besitzungen Starhembergs auf unbestimmte Zeit zu übernehmen. Das Parlament nahm den Kompromißvorschlag an.

Zusammenstöße auf Malta

La Valetta (UP). Auf der Insel Malta kam es erneut zu Zusammenstößen zwischen streikenden Hafenarbeitern und der Polizei, wobei 29 Personen verletzt wurden. Sieben Personen, darunter zwei Polizeibeamte, mußten in Krankenhäuser übergeführt werden. Die streikenden Hafenarbeiter fordern von den britischen Hafenbehörden höhere Löhne.

Hagelkörner so groß wie Golfbälle.

New York (UP). Ein heftiges Unwetter ging über weiten Gebieten der amerikanischen Staaten Arkansas, Alabama und Georgia nieder und verletzte zehn Personen. Nahezu 300 Häuser wurden beschädigt oder zerstört. Hagelkörner in der Größe von Golfbällen fielen dabei im Nordosten von Arkansas. Kleine aber gefährliche Wirbelwinde jagten durch Alabama und Georgia, entwurzelten Bäume und zerstörten Licht- und Telegraphenleitungen.

Über hundert Tote bei Zugunglück

Rio de Janeiro (UP). 102 Personen kamen durch ein schweres Eisenbahnunglück bei Anchieta in der Nähe der brasilianischen Hauptstadt ums Leben. Während eines Unwetters entgleisten zwei Wagen eines dichtbesetzten Personenzuges und prallten gegen einen vorbeifahrenden Vorstadtzug. Einige Wagen beider Züge wurden dabei zusammengedrückt. Nahezu 200 Verletzte, von denen mehrere in Lebensgefahr schweben, wurden in das Krankenhaus von Charlos Chagas eingeliefert.

Saarlandtag billigt Montanunion

Schriftliche Garantien von Frankreich verlangt

Saarbrücken (UP). Das Gesetz über den Schumanplan-Vertrag wurde vom saarländischen Landtag in zweiter Lesung bei drei Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung angenommen. Neben dem einzigen kommunistischen Abgeordneten stimmten die beiden Sozialdemokraten Etienne und Konrad gegen den Gesetzentwurf, während sich der sozialdemokratische Abgeordnete Rauch der Stimme enthielt.

Der Berichterstatter des Außenpolitischen Ausschusses hatte bei Beginn der Landtagssitzung betont, daß das Saarland mit der Zusicherung der französischen Regierung, die saarländischen Wirtschaftsinteressen in jeder Beziehung in gleicher Weise wahrzunehmen wie die französischen, zufrieden sein könne. Trotzdem sei es aber wünschenswert, daß das Saarland durch die französische Regierung die schriftliche Zusicherung erhalte, daß, wenn sich gegensätzliche Auffassungen ergeben, in jedem Fall die saarländischen Interessen gewahrt würden. Ministerpräsident Hoffmann gab daraufhin bekannt, der französische Außenminister habe der Saarregierung bereits durch ein persönliches Schreiben mitgeteilt, daß der französische Vertreter im Ministerrat der Montanunion in jeder Angelegenheit, die saarländische Interessen berührt, auf Wunsch des saarländischen Beraters den Standpunkt der Saarregierung vertreten und entsprechende Anträge stellen werde.

Noch kein NATO-Generalsekretär

Manöver auf dem Papier geplant

London (UP). Der niederländische Außenminister Dirk Stikker erklärte, er könne sich für den Posten des Generalsekretärs der Nordatlantikpakt-Organisation nicht freimachen. Der Rat der Außenminister-Stellvertreter der NATO, der in London tagt, gelangte immer noch zu keinem Ergebnis in dieser Frage. In diesem Zusammenhang wurden der britische Finanzsachverständige Sir Edwin Plowden (einer der „Drei Weisen"), der norwegische Außenminister Halvard Lange und der britische Chefdelegierte bei den UN, Sir Gladwyn Jebb, als Kandidaten genannt.

Admiral Lynde McCormick, der Oberkommandierende der NATO-Seestreitkräfte im Atlantik, äußerte sich sehr befriedigt über den Verlauf der Kopenhagener Diskussionen über die Seeverteidigung. Der Admiral flog nach Oslo weiter.

General Eisenhower inspizierte griechische Land-, See- und Luftstreitkräfte und wird sich am Freitag nach Neapel begeben, um an der Manöverbesprechung teilnehmen, die dort nach Abschluß der neuntägigen See- und Luftmanöver im Mittelmeer stattfindet. Später wird Eisenhower in sein Hauptquartier nach Paris zurückkehren. Dort sollen seine Pläne in einem Manöver erprobt werden, das nur auf dem Papier stattfindet. Die Leitung dieses Kriegsspiels, das vom 7. bis zum 11. April dauern soll, wird Eisenhowers Stellvertreter, Feldmarschall Montgomery, übernehmen. Höhere Offiziere aus dem Hauptquartier General Eisenhowers bei Paris und Vertreter der Mitgliedstaaten des Atlantikpakts werden daran teilnehmen. Der ganze „Papierkrieg" wird unter strenger Geheimhaltung verlaufen.

Neguib Hilali Pascha empfing die Botschafter Großbritanniens und der USA. Der britische Botschafter Stevenson erklärte, es habe sich um einen „Höflichkeitsbesuch" gehandelt.

Eine Militär-Konferenz hielt General Ridgway in Tokio ab. Wie verlautet, soll eine mögliche neue Offensive der Kommunisten zur Debatte gestanden haben.

Viet-Minh-Aufständische sprengten in der Nähe von Hanoi einen Zug in die Luft. Eine Anzahl Vietnamesen wurde verletzt.

Zuständigkeit der Gerichte erweitert

Bonn (UP). Auf Vorschlag der Bundesregierung sollen die Gebührensätze der Gerichte, Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher um zwanzig Prozent erhöht werden. Die Erhebung des Zuschlages auf die Gebühren wird mit den gestiegenen Kosten begründet. Dagegen sollen die Gebühren in Verfahren vor Arbeitsgerichten aus sozialen Gründen nicht erhöht werden.

Der Zuschlag in Höhe von zwanzig Prozent wird im übrigen nur auf Gebühren in Verfahren vor ordentlichen Gerichten erhoben und hier wiederum nur in Verfahren der streitigen und freiwilligen Gerichtsbarkeit, z. B. in Zivilprozessen, in Grundbuch- oder Registersachen. Eine Anpassung der Gebühren in Strafsachen wird im einzelnen geregelt. Die Entschädigung der Zeugen für Zeitversäumnis soll von bisher 0,20 DM bis 1,50 DM auf 0,50 DM bis 2,50 DM erhöht werden. Die Entschädigungssätze für Sachverständige sollen von augenblicklich 3.— bis 6.— DM auf 5.— bis 8.— DM heraufgesetzt werden.

Die Zuständigkeit der Gerichte in Westdeutschland soll jetzt erweitert werden, so daß Vertriebene in Zukunft ihr Recht in vollem Umfang wahrnehmen können. Dies war bisher nicht möglich, weil die zuständigen Gerichte in den Vertreibungsgebieten liegen. Die Bundesregierung hat dem Bundesrat einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Ergänzung der gerichtlichen Zuständigkeiten auf den Gebieten des bürgerlichen Rechts, des Handelsrechts und des Strafrechts zugeleitet. Auf dem Gebiet des Strafrechts regelt der Entwurf insbesondere die Möglichkeiten der Nachprüfung von Entscheidungen früherer Wehrmachtgerichte. Soweit es sich dabei um politische Strafsachen handelt, ist nach Mitteilung der Bundesregierung sichergestellt, daß nationalsozialistische Übergriffe in der Strafrechtspflege bereinigt werden können.

Erfolg der SPD-Verfassungsklage

Finanzvorlage auch ohne Deckungsvorschlag

Karlsruhe (UP). In dem Verfassungsstreit der SPD-Fraktion gegen den Bundestag wegen Rechtsgültigkeit des Paragraphen 96 der Geschäftsordnung des Bundestages hat der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts unter Vorsitz von Vizepräsident Dr. Katz die erste Hälfte des umstrittenen Paragraphen für gültig, die zweite Hälfte jedoch für ungültig erklärt.

Der erste, gültige Teil des Paragraphen sieht vor, daß sogenannte Finanzvorlagen, die neue Ausgaben mit sich bringen oder die Einnahmen verringern, vom Bundestagspräsidenten ohne erste Lesung an die Ausschüsse verwiesen werden können. Der zweite, für ungültig erklärte Teil sah vor, daß Finanzvorlagen überhaupt nur dann beraten werden dürfen, wenn sie mit einem Ausgleichsantrag zur Deckung des jeweils entstehenden Fehlbetrages verbunden sind. Diese Bestimmung hält das Gericht für verfassungswidrig, da sie eine unzulässige Beschränkung des im Grundgesetz garantierten Initiativrechts der Abgeordneten sei. Außerdem werde damit der Grundsatz der Gleichwertigkeit des Initiativrechts gegenüber dem der Bundesregierung und des Bundesrat verletzt, die dem Zwang zur gleichzeitigen Deckungsvorlage nicht unterliegen.

Nahost-Reise des spanischen Außenministers

Madrid (UP). Der spanische Außenminister Martin Artajo wird im nächsten Monat sechs arabische Staaten besuchen, um mit den Regierungschefs dieser Länder politische Fragen zu erörtern. Die Reise des Ministers erfolgt auf Einladung der Regierungen Jordaniens, Syriens, Ägyptens, Saudi-Arabiens, des Libanon und des Irak. Artajo hat auch die Absicht, sich drei Tage in Jerusalem aufzuhalten. Hauptzweck seiner Besprechungen ist es, die Beziehungen zwischen Spanien und dem Nahen Osten enger zu gestalten und den Regierungen der arabischen Länder für ihre während des diplomatischen Boykotts des Franco-Regimes eingenommene Haltung zu danken.

Drei führende rumänische Finanzpolitiker sind wegen angeblicher Verfehlungen aus der Zeit vor der kürzlich erfolgten Währungsreform entlassen worden.

Bundeskanzler Adenauer empfing in Bonn 45 amerikanische Redakteure und Verleger. Zusammen mit Vizekanzler Blücher und Staatssekretär Hallstein trug der Kanzler den Gästen die Grundzüge der deutschen Politik vor.

52 Millionen Mark sollen nach Angaben des Bonner „Bulletin" von der Ostzonen-Regierung im Jahre 1951 an Besatzungskosten und für Volkspolizei-Unterkünfte vorgesehen gewesen sein. Für den gleichen Zeitraum seien für Parteibauten der SED 26 Millionen Mark festgelegt gewesen.

Dr. Linus Kather erhielt vom Gesamtvorstand des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen (ZvD) einmütig das Vertrauen ausgesprochen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Unserem bewährten bad. Vorkämpfer für Recht, Christl. Erziehung, Frieden und Freiheit,

Dr. Werber

Deine Stimme

Wählt nur

Wahlvorschlag 2 CDU

Aus der Stadt Ettlingen

Volksbücherei erfüllt Leserwünsche

Da die Volksbücherei zwei Treppen hoch im Südflügel des Schlosses liegt, ist sie noch bei weitem nicht so stark besucht, wie es bei einer Stadt von der Größe Ettlingens der Fall sein sollte. Aber die Stadtverwaltung hat für diese wichtige kulturelle Einrichtung unserer Gemeinde bereits neue Räume vorgesehen, die nach Vollendung des Asam-Saals bezogen werden können. Bis dahin finden sich die Ettlinger Freunde des guten Buchs samstags und sonntags in dem hellen Raum über dem Albgau-Museum ein, in dessen Schränken nun schon über 1000 Bände bereitstehen. Bis jetzt haben sich schon 130 Leser eingetragen. Jeden Monat werden von ihnen 250—350 Bücher entliehen. Den Rekord hält eine Leserin, die schon die 14. Lesekarte erhielt und damit schon mehrere hundert Bücher zum Lesen bekam. Die Gebühr ist so niedrig, daß jeder sich Bücher aus der Volksbücherei holen kann. Die Leihfrist geht bis zu 14 Tagen.

Eine wertvolle Bereicherung für die Leser sind die vom Amerika-Haus Karlsruhe zur Verfügung gestellten Bücher in deutscher und englischer Sprache. Im Ausleihraum kann man sich auch an den Tisch setzen und in den Büchern „schmökern", ehe man sich für eine Lektüre entscheidet. In der Ettlinger Volksbücherei im Schloß besteht nämlich das Freihandsystem, das es jedem Leser gestattet, selbst an die Bücherschränke heranzutreten. Dafür übernehmen alle Entleiher die Verpflichtung, zur Ordnung in der Bücherei beizutragen und die entliehenen Bände sorgsam zu behandeln.

Von den in letzter Zeit durch die Staatliche Volksbüchereistelle Heidelberg gelieferten Titeln seien hier einige genannt: Spoerl, Memoiren eines mittelmäßigen Schülers; Konrad Beste, Löhnefinks leben noch; Bergengruen, Am Himmel wie auf Erden; Ganghofer, Der Klosterjäger; Schaljapin, Meine Jugend; Silone, Fontamara.

Für die Volksbücherei, die samstags 15—17 Uhr und sonntags 10.30—12 Uhr geöffnet ist, haben sich einige freiwillige Helfer zur Verfügung gestellt. Ihnen ist es zu verdanken, daß immer mehr die Leserwünsche erfüllt werden können. Wie wir bereits berichteten, wird von der Volksbücherei auch die sehr stark benutzte Bücherei im Jugendheim verwaltet. Für beide Einrichtungen ist zu hoffen, daß der Gemeinderat der Stadtverwaltung erhöhte Mittel bewilligt, damit der Bücherbestand der Größe unserer Stadt entsprechend vermehrt werden kann und alle Einwohner dort gute Bücher zur Unterhaltung und Belehrung finden können.

Zwischen New York und Moskau

Prof. Nölting und MdL. Alex Möller sprachen zur Wahl

Als Mitglied des Europarats und Bundestagsabgeordneter gab am Donnerstagabend Prof. Nölting (Düsseldorf) in der SPD-Kundgebung einen interessanten Überblick der weltpolitischen Lage. Die imponierende Idee der europäischen Einheit sei durch den „Wechselbalg" des Schuman-Planes gefährdet. Deutschland liefere etwa die Hälfte der Kohlen und anderer Rohstoffe, habe aber nur 22% Stimmenanteil. Auch in der Ruhrbehörde sei es bei der Kohlenverteilung überstimmt worden. Dagegen liefere uns Frankreich kaum noch Eisenerze, so daß wir aus Schweden beziehen müßten. Man wolle viel billige Kohle aus Deutschland, aber uns gleichzeitig als Stahlkonkurrenten beiseiteschieben.

Bevor es zu einem Wehrbeitrag komme, müsse erst die Einheit Deutschlands wiederhergestellt und eine Verhandlung mit Rußland versucht werden. Der Westen wolle uns zwar als Verbündeten und behandle uns gleichzeitig immer noch als Besiegten. Adenauers Politik der Vorleistungen lehne die SPD ab. Wohl sei unser Wirtschaftsaufschwung bewundernswert, aber es fehle die soziale Leistung. Nicht die Schaufenster, sondern der Inhalt der Einkaufstaschen sei entscheidend. Erst wenn wir ein glückliches Volk werden, seien wir sicher gegen „Beglückung" durch Moskau. Für die Demokratie sei es gefährlich, vom Arbeiter Lohndisziplin zu verlangen, während es der Unternehmer an der Preisdisziplin fehlen lasse. Die besitzbürgerliche Zeit sei vorbei. Das Bürgertum habe die Neofaschisten nicht genügend abgewehrt, dagegen habe die SPD erfolgreich die KPD bekämpft. Wir sollten Tatchristen, nicht Wortchristen sein.

Zur Politik im neuen Bundesland sprach der Vorsitzende des württ.-badischen Finanzausschusses, Generaldirektor Alex Möller (Karlsruhe). Zur Überraschung der CDU habe die Koalition SPD—DVP einen evangelischen Pfarrer als Kultusminister berufen. Durch die jetzt beschlossene Schulgeld- und Lernmittelfreiheit solle das Bildungsmonopol gewisser Kasten gebrochen werden, die bisher die Schlüsselpositionen besetzten.

Im 8-Punkte-Programm der SPD werde die Verwaltungsvereinfachung gefordert. Die Mittelinstanzen der Landesbezirke dürften keine Konkurrenz für die zentrale Regierung sein und keinen eigenen Etat haben. Die Staatsaufsicht müsse sich auf die Gesetzesüberwachung beschränken. Die Urzellen der Selbstverantwortung seien die Gemeinden. Der Bundesfinanzausgleich gefährde die Durchführung der Landesaufgaben. MdL. Möller wandte sich scharf gegen die ungenügende Abschöpfung von Hortungs- und Währungsgewinnen. Diese Milliarden würden jetzt beim Lastenausgleich helfen. Der Unternehmergewinn sei übernormal geworden und die Betriebe würden zu viel in die Selbstfinanzierung stecken, anstatt daß zuerst die Grundstoffindustrien ausgebaut werden. Wer jetzt nicht ein klares nein spreche, gebe Adenauer eine Vollmacht bis zur Bundestagswahl 1953.

Anschließend an die beiden Hauptreferate stellte sich als Kandidat der SPD für Karlsruhe-Land-Süd Bürgermeister Arheit (Grötzingen) vor. In der Diskussion versuchte ein junger Redner die Widersprüche in den Argumenten der SPD gegen den Verteidigungsbeitrag aufzuzeigen; außerdem bezeichnete er die Haltung dieser Partei zum Christentum als inkonsequent, denn die Religion müsse auch das politische Leben mit christlichem Geist durchdringen. In seinem Schlußwort distanzierte sich Prof. Nölting deutlich von der „Notgemeinschaft für den Frieden Europas", denn man dürfe nicht so tun, als ob die russische Gefahr nicht bestehe. Aber der Bundestag sei nicht mehr vom Volk autorisiert und deshalb müsse bei den Südwestwahlen gezeigt werden, wie das Volk denkt, damit die Regierung Adenauer abtrete. Nach Dankesworten an die Redner schloß Vorsitzender Julius Gerber die Versammlung kurz nach 23 Uhr.

Echter Lastenausgleich verhindert Radikalismus

Wahlkundgebungen des Blocks der Heimatvertriebenen u. Entrechteten Karlsruhe-Land

Auch die Heimatvertriebenen haben in einer Reihe größerer und kleinerer Kundgebungen auf die Bedeutung und Wichtigkeit der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 9. März für die Lösung der Schicksalsfragen der Vertriebenen im südwestdeutschen Raum hingewiesen. Außer sehr gut besuchten Obmännerbesprechungen in Karlsruhe, Bretten und Ettlingen fanden bisher öffentliche Versammlungen in Forchheim, Ettlingenweier, Langensteinbach, Völkersbach, Bruchhausen, Malsch, Burbach, Auerbach, Stupferich, Neuburgweier statt.

In den nächsten Tagen werden außerdem in folgenden Orten Versammlungen stattfinden: Oberweier, Spielberg, Schielberg, Palmbach, Etzenrot, Pfaffenrot.

Die bisherigen Versammlungen waren größtenteils recht gut besucht und ein Beweis dafür, daß die Vertriebenen mit ihren Schicksalsfragen, die sie von ihren eigenen Vertretern bearbeitet wissen wollen, in dem neuen Staat nicht zu kurz kommen möchten. Sie sehen im Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten hierfür die notwendige politische Voraussetzung und werden in diesem geschlossen zusammenstehen.

In der Ettlinger BHE-Kundgebung am Mittwoch in der Stadthalle sprach als Kandidat MdL. Hennings (Bretten), der auch für das neue Bundesland ein Flüchtlingsministerium forderte, damit die Vertriebenen von einer zentralen Stelle aus betreut werden können. Da der Wohnungsbau noch unzureichend ist, müsse die Wohnraumlenkung beibehalten werden. Die Belange der Vertriebenen könnten nur von Vertretern aus ihren eigenen Reihen erfolgreich durchgesetzt werden.

Als Hauptredner zeigte Staatsrat Prof. Oberländer (München) die Stellung des BHE zur Weltlage. Damit der Westen gegenüber dem Bolschewismus bestehen könne, müsse vor allem das soziale Programm verstärkt werden. England und Frankreich müßten uns echte Gleichberechtigung zugestehen. Die Eingliederung der Vertriebenen sei noch nicht gelungen, denn von ihnen seien nur 10% in selbständigen Stellungen, während bei den Altbürgern 40% selbständig seien. Die Besitzenden müßten mehr Opfergeist beweisen, damit es zum gerechten Lastenausgleich kommt. Durch die Beteiligung an der Wahl könnten die Vertriebenen ihr Schicksal entscheidend beeinflussen.

Es geht um Badens Selbstverwaltung

Eine Stimme der Gerechtigkeit aus Württemberg

Durch den Wettlauf zwischen Regierung und Opposition in der Bundespolitik wird die Landeswahl am 9. März im Südwesten von den eigentlichen Problemen des neuen Bundeslandes abgedrängt. Dadurch ist der Sinn des Wahlkampfs völlig entstellt und die wünschenswerte Persönlichkeitswahl durch parteitaktische Parolen beeinträchtigt. Praktisch bedeutet dies eine völlige Aushöhlung der Landespolitik. Es ist deshalb zu begrüßen, daß in der Zeitschrift „Der Bürger im Staat", die von Dr. F. H. Betz (Stuttgart) geleitet wird, der bekannte politische Schriftsteller Waldemar Kurtz zu Wort kommt, der mit vorbildlicher Objektivität eines der Hauptprobleme der Wahl vom 9. März behandelt. Die Badener, die im neuen Bundesland gegenüber den Württembergern in der Minderheit sein werden, müssen nach seiner Ansicht dadurch geschützt werden, daß man ihnen umfassende Selbstverwaltung zugesteht. Unter der Überschrift „Schutz der Minderheit" schreibt W. Kurtz:

Als die Bevölkerung Südwestdeutschlands am 9. Dezember 1951 über den Zusammenschluß ihrer Länder zu einem neuen Bundesland abstimmte, da wollte sie eines gewiß nicht: die Fortsetzung des jahrelang hingeschleppten Streites. Gerade das ist aber eingetreten. In der ersten Sitzung des neugebildeten Ministerrates hat der Vertreter des Landes Baden „förmliche Rechtsverwahrung" gegen das Zustandekommen des Abstimmungsergebnisses erhoben und Schritte seiner Regierung zu einer anderen gesetzlichen Regelung durch den Bundestag angekündigt. Aber auch von württembergischer Seite wurde das Abstimmungsergebnis, nach dem 52% der Wähler im alten Lande Baden für die Wiederherstellung ihres Landes gestimmt hatten, angezweifelt, da es durch kirchliche Wahlbeeinflussung und durch eine unbekannte Zahl kommunistischer Stimmen „verfälscht" worden sei. In einer Rede nach der Abstimmung hat der Ministerpräsident von Württemberg-Baden erklärt: „Unser Gegner (gemeint sind die Freunde der Selbständigkeit des alten Landes Baden) wird offensichtlich mehr und mehr in die Enge getrieben. Wir werden mit ihm fertig werden nach dem erprobten schwäbischen Rezept: ‚Will er net fürsche nei, so muß er hintersche rei!'" Die Methode des „fürsche oder hintersche" mag in der Landwirtschaft gelegentlich am Platze sein, zur Begründung menschlicher Zusammenarbeit in einem Staatswesen taugt sie gewiß nicht. Muß in einer Demokratie die Mehrheit notwendig ihren Willen einer protestierenden Minderheit aufzwingen? Oder besteht nicht vielmehr die Aufgabe und die Schwierigkeit der Demokratie darin, jeden berechtigten Anspruch, also auch den einer Minderheit, anzuerkennen und nach Lösungen zu suchen, die, im Sinne des gut schwäbischen „Sowohl — als auch", ein Nebeneinanderleben verschiedener Auffassungen ermöglichen?

Das Bundesverfassungsgericht hat dieses Rechtsproblem, den Schutz der Minderheit, nicht zu lösen vermocht.

Der Heidelberger Oberbürgermeister Dr. Swart hat schon im Sommer 1950 einen Vorschlag gemacht, der leider in der öffentlichen Diskussion kaum beachtet worden ist. Er scheint mir den Schlüssel zu diesem nur scheinbar so schwierigen Problem zu enthalten. Swart schlägt vor, die beiden alten Länder Baden und Württemberg innerhalb des neuen, vereinigten Bundeslandes (des „Südweststaates") als sogenannte Landeskommunalverbände mit dem Recht umfassender Selbstverwaltung wiederherzustellen. Nur was der einheitlichen Regelung durch die gemeinsame Regierung bedarf, soll von dieser behandelt werden. Das neue Staatswesen würde nach dem Prinzip der Subsidiarität aufgebaut, nach dem der größere Verband nur solche Aufgaben übernimmt, die der kleinere Verband nicht aus eigener Kraft erfüllen kann. Mir scheint diese Lösung das Ei des Kolumbus zu sein, da sie dem Recht der Minderheit gerecht wird und die Vorteile des Zusammenschlusses mit der Währung der traditionellen Werte der alten Länder verbindet. Sie entspricht auch allein der Forderung des Grundgesetzes, nach der das Bundesgebiet „unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge" gegliedert werden solle. Das ist nicht der Fall, wenn man die Zusammenhänge der alten Länder gewaltsam zerschneidet.

Die Meinung des Lesers:

Die Jugendlichen auf dem Faschingsball

Aus dem Bericht der Landespolizei für die Zeit vom 21. bis 27. Februar (s. EZ vom 6. 3.) wurde verschiedentlich festgestellt, daß sich gerade Jugendliche im vermehrten Umfang auf öffentlichen Tanzveranstaltungen herumtrieben. Das ist eine recht traurige Bilanz. Wo bleibt da die Erziehung aus dem Elternhaus? Es bleibt zu hoffen, daß die betreffenden Eltern und Veranstalter exemplarisch bestraft werden. Uns ist ein Fall bekannt, wo ein 8jähriges Mädchen um Mitternacht in einem Lokal der Oststadt in Begleitung ihrer Mutter das frühjugendliche Tanzbein schwingen durfte. Jawohl, ein 8jähriges Mädchen! Spät erschien diese famose Mutter mit ihrer Tochter noch in der Stadthalle, um dem Kind den Betrieb zu zeigen, wie sie sich ausdrückte. Wundert man sich da noch, wenn solche junger Dinger in einigen Jahren „selbständig" handeln, nachdem die „Mutti" sträfliche Vorarbeit geleistet hat? Kein Mensch vergönnt unserer Jugend die Freude am Fasching. Aber auf dem Tanzboden der Erwachsenen hat sie nichts verloren. le.

Vereins-Nachrichten

Kaninchenzuchtverein

Die Generalversammlung des KZV findet nicht am 9. März, sondern am 16. März 19 Uhr im „Badischen Hof" statt. — Heute fällt der Pelznähkurs aus. Ab nächster Woche dann regelmäßig dienstags und freitags im Raum der Arbeiterwohlfahrt im Schloß. Der Raum ist geheizt.

Arb.-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität" (Ortsgruppe Ettlingen). Gautag am 16. März in Speyer. Zwecks Teilnahme am Gautag treffen sich die Interessenten am Samstag, 8. 3., 20 Uhr im „Bad. Hof". Alles weitere wird dort bekanntgegeben.

Ski-Club Ettlingen. Sonntag, 9. März, Fahrt nach Hundseck—Unterstmatt. Anmeldungen heute abend in der Versammlung im „Engel".

Praxis Dr. Emil Höllischer

Sprechstunden bis auf weiteres:

Montag, Mittwoch und Freitag v. 10 bis 12 Uhr

STELLENGESUCHE

Perf. Kraft, selbst. in bester Küche und Haushaltsführung sucht Tätigkeit für ½-tags in nur bestem Hause. Allerbeste Empfehlungen stehen zu Diensten.
Angeb. unter 811 an die EZ

Lästige Haare
beseitigt garantiert schmerzlos und zuverlässig
„ARTISIN"
Enthaarungscreme
Tube zu 1.50 u. 2.50
Sicher zu haben:
Drogerie R. Chemnitz
Leopoldstr. 7 Telefon 290

Das modische Ereignis dieses Frühlings

sehen Sie jetzt in unseren Fenstern, erwartet Sie in unseren Abteilungen - ist wie alljährlich die große Frühjahrsschau in unserem Hause. Wieder zeigen wir vorbildliche Eleganz und alle Neuheiten der Mode, die man trägt. Wir sind sicher, der Anziehungspunkt der modebegeisterten Frauen zu sein, die sich vom neuen Mode-Frühling alles versprechen bei

A. STREIT
ETTLINGEN
Seit über 100 Jahren am SCHLOSSPLATZ

Sport-Nachrichten der EZ

Das letzte Auswärtsspiel

FC Südstern — FV Ettlingen

Gut gerüstet geht der Fußballverein in sein letztes Auswärts-Punktespiel. Mit der Besetzung

Markusch
Feininger Kiefer
Buchleither Klee Ehrle
Gleißle H. Schneider Hug Kern Klein

steht eine Mannschaft mit guten Einzelkönnern, die in den letzten Wochen gutes Mannschaftsspiel gezeigt haben. Die Spiele beim Karlsruher Wasserwerk entbehrten nie besonderer Reize und auch das sonntägliche Spiel dürfte an Spannung nichts fehlen lassen.

Auch das Vorspiel der Reserven sollte mit

Stubenrauch
Kunz Feney
Edelmann Vogel P. Rech L.
Eckenreder Knapp Frank Jülg Nowotny

eine farbige Angelegenheit werden, die es sich lohnt anzusehen.

Die Spiele beginnen ab 1. März wieder um 15 Uhr. Dementsprechend sind die Vorspiele um 13.15 Uhr.

Fahrgelegenheit bietet die Albtalbahn bis zur Station Dammerstock; aber auch mit dem Fahrrad gibt es bei gutem Wetter eine nette Fahrt. Darum: „Auf zum Spiel FC Südstern gegen FV Ettlingen."

Der Tabellenzweite kommt am Sonntag auf den Spinnereisportplatz

Nach dem guten Start der Spinnereielf am vergangenen Sonntag gegen den Tabellenführer, empfängt der TuS Spinnerei am Sonntag den an zweiter Stelle stehenden SV Schöllbronn zum fälligen Rückspiel. Im Vorspiel unterlag seinerzeit die Sp. ersatzgeschwächt mit 6:3 Toren. Die Platzherren haben daher etwas zu korrigieren. Die Gäste aus Schöllbronn werden ihrerseits auch alles aufbieten, um aus dem Kampf erfolgreich zu gehen, um das vorsonntägliche Debakel vergessen zu machen. Spielen aber die Schwarz-Roten mit dem gleichen Eifer und Elan wie gegen Mühlburgs Amateure, so kann man mit berechtigten Hoffnungen dem Spiel entgegensehen. Da die Nachbarvereine Ettlingen und Busenbach auswärts spielen, laden wir die Fußballfreunde der Umgebung zum Spiel Spinnerei—Schöllbronn freundlichst ein. Vorher spielen die II. Mannschaften. le.

Die Handballmannschaft des Turnvereins Ettlingenweier

beginnt am Sonntag wieder regelmäßig mit den Pflichtspielen. Zum ersten Spiel empfängt der TVE keinen geringeren Gegner als den Tabellenführer Polizeisportverein Karlsruhe. Da die Einheimischen erstmals wieder mit kompletter Elf antreten werden, ist mit einem interessanten Kampf zu rechnen. Im Vorspiel stehen sich um 13.15 Uhr die Jugendmannschaften von Ettlingenweier und TSV Rintheim gegenüber.

Leichtathletik-Meisterschaften

Am Sonntagvormittag 10 Uhr finden in Karlsruhe auf dem MTV-Platz die Meisterschaften des Kreises Karlsruhe Leichtathletik statt. Während man auf der Meisterschaftsstrecke einen scharfen Kampf zwischen den Läufern von Phönix-Karlsruhe und KTV 46 erwartet, ist man auf das Abschneiden der jugendlichen Ettlinger Läufer, die im vorigen Herbst sehr erfolgreich waren, sehr gespannt.

Vom Boxsport

Die unter Werner Täuscher stehenden Kämpfer des BSV Ettlingen geben zu den Vergleichskämpfen in Weinheim gegen Leipzig zwei und zur Kreisstaffel gegen Saarbrücken vier Leute ab. Den Kämpfern wünschen wir zu ihren auswärtigen Starts recht viel Erfolg. Mögen sie zur Anwendung bringen, was Trainer Täuscher in hartem Training lehrte. M.

Aus den Albgau-Gemeinden

30 Jahre im Amt als Bürgermeister

Herrenalb. Zum 55. Geburtstag des Bürgermeisters R. Langenstein am 8. März gedenken wir der Dankbarkeit der hohen Pflichtauffassung und seines steten Willens, seiner Gemeinde bestens zu dienen. Der Jubilar kann zugleich in diesem Jahr auf eine 30-jährige Amtstätigkeit als Bürgermeister zurückblicken. Wir beglückwünschen den Jubilar zu diesen Gedenktagen. Mögen ihm Gesundheit und die Schaffenskraft noch recht viele Jahre erhalten bleiben, um sich in der gleichen Weise wie bisher für die weitere Aufwärtsentwicklung unseres Kurstädtchens und zum Wohl der Einwohnerschaft tatkräftig einzusetzen. G.B.

Langensteinbach. Zu der Nachbemerkung über den Bericht der Generalversammlung des VdK wird uns geschrieben: Die Äußerungen des Herrn Dr. Dehler wurden in Langensteinbach nicht mißverstanden. Der Rechtsberater des VdK, Kam. Eidinger, sagte u. a. wörtlich: Die Äußerungen des Herrn Bundesjustizministers Dr. Dehler, daß ein Drittel der gesamten Rentenempfänger ihre Renten zu Unrecht beziehen und daß es zur Wahrung der berechtigten Interessen der Kriegs- und Arbeitsopfer keiner Organisation bedürfe, weil dieselben von Staats wegen schon durchgeführt würden, bedeutet für die im VdK zusammengeschlossenen 1½ Millionen von Kriegs- und Arbeitsopfern eine brutale Beleidigung! — Es dürfte bekannt sein, daß bei Schwerbeschädigten, Witwen und Waisen die Renten aus der Sozialversicherung auf die Ausgleichsrenten aus der Kriegsopferversorgung (Versorgungsamt) voll angerechten werden. Den Kriegsopfern wird damit eine nicht zu verantwortende Schädigung zugefügt, weil auf die Renten aus der Sozialversicherung ein auf Grund geleisteter Beiträge ein gesetzlich verbriefter Rechtsanspruch besteht; die Renten aus der Kriegsopferversorgung dagegen auf Grund eines im Kriege erhaltenen Körperschadens oder gesundheitlichen Schädigung nach dem BVG gewährt werden. (Diese Worte des Referenten mögen zur Klarstellung dienen, wenn aus dem enggedrängten Bericht eine andere Auffassung entstanden ist.) Zu der vom Bundesjustizminister angestrebten Streichung der Grundrenten bemerkte der Redner, daß davon ein prozentual so kleiner Kreis getroffen werden könnte, daß nach Abzug der Verwaltungskosten niemand davon leben könnte!

Völkersbach. Am Samstag, 8. März, findet im Gasthaus zum „Lamm" im Rahmen des VBW ein Lichtbildervortrag mit dem Thema „Unter der Sonne Italiens und Griechenlands" statt. Es spricht Adolf Werner. Beginn 20 Uhr. Es wäre wünschenswert, daß entgegen anderen Gemeinden des Landkreises mehr Erwachsene den lehrreichen Vorträgen ein größeres Interesse entgegen bringen würden. -ch-

Die Modegestaltung H. Görrissen

kommt wieder nach Ettlingen mit einer Auswahl neuer Frühjahrsmodelle. Näheres folgt im Anzeigenteil.

Dienstbereitschaft der Ettlinger Apotheken

Nachtdienst vom 8.—15. 3. Stadt-Apotheke
Sonntagsdienst am 9. 3. Stadt-Apotheke

Ärztlicher Sonntagsdienst

Sonntag, 9. 3. 1952 Dr. Gaber, Ettlingen Friedensstraße 5, Tel. 37 096.

Krankenwagen vom 8.—15. 3. Tel. 37 576

Tierärztl Sonntagsdienst

am 9. 3. Dr. Zwickel, Schillerstr. 1, Tel. 37 651

Obstgroßmarkt Oberkirch

Preise am 4.3.: Äpfel 10-36½. Birnen 18

Rheinwasserstand am 6. 3.: Konstanz 271 (+4) Rheinfelden — (—) Breisach 212 (+32) Straßburg 280 (+17) Maxau 475 (+17) Mannheim 350 (+25) Caub 278 (+14)

Wettervorhersage

Freitag noch teilweise bewölkt und bei Winddrehung auf östliche Richtung im Laufe des Tages Temperaturrückgang unter fünf Grad. In der Nacht zum Samstag leichter bis mäßiger Frost. Am Tage heiter bis wolkig, trocken, aber kalt. Tageshöchsttemperaturen auch in den Niederungen nur wenige Grad über Null.

Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): +2°
Barometerstand: Veränderlich

ETTLINGER ZEITUNG
Südd. Heimatzeitung für den Albgau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. — Druck- und Anzeigen-Annahme: A. Graf, Ettlingen, Schöllbronner Straße 5, Tel. 37 487

Unsere liebe, herzensgute Mutter und Großmutter

Emilie Steinjan

Witwe, geb. Faßbender

ist am 3. März im Alter von 84½ Jahren für immer von uns gegangen. Die Beerdigung hat auf Wunsch der lb. Verstorbenen in aller Stille stattgefunden. Für die herzl. Anteilnahme, Blumen- und Kranzspenden innigen Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Ernst Steinjan

Ettlingen, den 5. März 1952

Ansichtspostkarten
von Ettlingen in schönen Motiven empfiehlt
Druckerei A. Graf, Ettlingen, Schöllbronner Str. 5

Schwarze Seidenkleider . ab 18.— DM
Baumw. Popelinemäntel . . ab 26.— DM
Stoff-Regenmäntel . . . . . ab 15.— DM
bei Evamaria Gutseel, Ettlingen
Badener-Tor-Straße 14 Telefon 37 694

CAPITOL Freitag 20.00 Uhr, Samstag 17.30, 19.45, 22.00 Uhr, Sonntag 15.00, 17.30, 19.45, 22.00 Uhr, Montag und Dienstag 20.00 Uhr
„Grün ist die Heide"
Sonja Ziemann, Rudolf Prack, Maria Holst, Willy Fritsch, Hans Stüwe u. a. Der Zauber verträumter Heide und die Lieder von Hermann Löns machen diesen Farbfilm zu einem herrlichen Erlebnis.

ULI Freitag 20.30 Uhr, Samstag 19.15 u. 21.30 Uhr, Sonntag 18.15 u. 20.30 Uhr, Montag 18.15 Uhr
»Eine Heilige unter Sünderinnen«
Die Geschichte einer großen Liebe. Sollen „Besserungsanstalten Gefängnisse oder Schulen sein?
Freitag 18.15, Samstag 17.00, Sonntag 14.00 und 16.00 Uhr Harry Piel in »Menschen, Tiere, Sensationen« Jugendfrei, volkstümlich wertvoll

Demokrat. Volkspartei (DVP)
Wahl-Versammlung
Am 8. März 1952 um 20.00 Uhr im Gasthaus »Zum Engel« spricht unser Spitzenkandidat
Herr Rechtsanwalt Jahn, Durlach
über die wichtige Frage
Wie richten wir unseren neuen Staat ein?
Die Wählerschaft Ettlingens ist herzlichst eingeladen!
Freie Aussprache!

Grosskundgebung der CDU
heute 20 Uhr, in der Stadthalle
Oberbürgermeister Bach u. Dr. Werber
antworten
Prof. Nölting
Alle Wähler und Wählerinnen sind freundlichst eingeladen. Nicht zu Hause hinter dem Ofen oder in trautem Diskutierklubs wird der christliche Staat und die freie Demokratie von Radikalismus und Chaos geschützt, sondern durch mannhaftes Bekenntnis.
Darum erscheint alle und wählt Wahlvorschlag 2 der CDU.
CDU - ORTSGRUPPE ETTLINGEN

ZU VERKAUFEN
Reb- u. Baumpfähle
vorrätig bei A. Schulz, Ettlingen, Zehntwiesenstraße 7. G. Schönthaler, Feldrennach
Prima Kuhdung verkauft Walter Ruf, Ettlingen, Karlsruher Straße 3
1½ jähriges Zuchtrind zu verk. Ettlingenweier, Haus 13
2 Damenfahrräder, 2 Schulranzen zu verk. K. Ziegler, Schloß, II. St. üb. Arbeitsamt

Unansehnliche Fussböden
verschwinden
DLW LINOLEUM
FARBEN-HAUG, Leopoldstr. 8
Als Spezialisten für die Fußbodenbehandlung beraten wir Sie gerne

MAX REIMANN
spricht am 8. März
im Großen und Kleinen Saal der Stadthalle Karlsruhe
Gesamtdeutsche Wahlen u. Friedensvertrag
schützen Deutschland vor Krieg und Vernichtung!
Deutsche Frauen! Deutsche Männer! Deutsche Jugend! Rettet die Heimat! Verhindert das Wehrgesetz! Jetzt muß gehandelt werden.
Kommunistische Partei Deutschlands Kreis Karlsruhe
Es wird ein Unkostenbeitrag von 20 Pfennig erhoben. Beginn 18.00 Uhr

Die muß es sein
Das höre ich früher oder später von jeder Kundin, die eine Küche bei mir sucht!
KÜCHEN
naturlasiert, elfenbein, Esche usw. die jed. Geschmack u. Geldbeutel entsprechen, dazu bequme Teilzahlung u. eine sorgfältige Bedienung erwartet Sie bei
MÖBEL Miles
ETTLINGEN RHEINSTR. 35

Obstbäume
Beerenobst
Ziersträucher
Zierbäume
Nadelhölzer
Heckenpflanzen
Rosen
Erich Iben
Baumschulen
Ettlingen/Bd.
Fernsprecher 37 291

Vegetabilisches Augenwasser
von Hofapoth. Schaefer bei
Ermattung, Ueberanstrengung,
verschwomm. Sehbild, Drücken
Zwinkern u. Tränen der Augen,
das pflanzliche, langjährig bewährte Stärkungsmittel.
Badenia-Drogerie
Rudolf Chemnitz, Ettlingen

Kopfschuppen
Kopfjucken
Haarausfall
beseitigt überraschend die Ottve-Methode. Nur erhältlich Friseurgeschäft Georg Jäger, Ettlingen, Rheinstraße 26

MÖBEL EHRFELD
am Rondellplatz
KARLSRUHE
Wer Angst hat vor dem Möbelkauf, der suche Möbel-Ehrfeld auf!

Umschau in Karlsruhe

Karlsruher Sprengstoffattentäter geständig

Brecht war „unzufrieden mit der heutigen Staatsform"

Karlsruhe (lsw). Der im Zusammenhang mit dem Sprengstoffanschlag auf das Bundesverfassungsgericht am 15. Februar festgenommene Reinhold Brecht hat, nach Mitteilung des Oberstaatsanwalts Nerz, ein volles Geständnis abgelegt.

Brecht gab in seinem Geständnis an, er habe die Tat ohne fremde Hilfe ausgeführt. Er habe dadurch seiner Unzufriedenheit über die heutige Staatsform Ausdruck geben wollen. Der Sprengstoff sei ebenfalls von ihm selbst hergestellt worden. Er habe ihn am Abend des 7. Februar, in eine Kakaobüchse verpackt und vor einen in der Hofeinfahrt des Bundesverfassungsgerichts parkenden Kraftwagen gelegt. Durch das Überfahren der Büchse sollte der Sprengstoff zur Explosion gebracht werden. Brecht betonte, er habe nicht die Absicht gehabt, mit seinem Attentat Menschen zu töten. Es sei ihm nur auf eine Demonstration angekommen.

Die verräterische Aktentasche

Das Sprengstoffpaket war am 8. Februar von einem Kraftwagen überfahren worden, ohne daß es explodierte. Wenige Tage später hatte die Polizei Reinhold Brecht als vermutlichen Täter ermittelt, nachdem in dessen Aktentasche Spuren des Sprengstoffes festgestellt worden waren.

Oberstaatsanwalt Nerz bezeichnete Brecht als eine „psychisch-abartige Persönlichkeit". Der Attentäter sei nicht nur gegen die deutsche Staatsform, sondern gegen alle politischen Einrichtungen. Er gehöre weder einer rechts- noch einer linksradikalen Partei an. Nach Ansicht des Oberstaatsanwalts wird vor der Verhandlung noch ein Gutachten über den Geisteszustand von Brecht eingeholt werden müssen. Nach dem Attentat hatte Brecht noch einen Brief an das Bundesverfassungsgericht geschrieben, der schwere Beleidigungen enthalten hatte. Da bei der Tat keine planmäßige Aktion vorlag, sieht die Karlsruher Staatsanwaltschaft keine Möglichkeit, den Fall dem Bundesgericht zu übergeben. Ein Zeitpunkt für die Verhandlung, die vor einem Karlsruher Gericht stattfinden wird, ist noch nicht bekannt.

Lebenslauf des Reinhold Brecht

Reinhold Brecht, der am 27. 2. 1927 in Graben-Neudorf bei Bruchsal geboren wurde, war nach der Entlassung aus der Volksschule Hilfsarbeiter. Bereits in seiner Jugend machte er Bekanntschaft mit Erziehungsheimen und Jugendgefängnissen. 1948 war er von einem Karlsruher Gericht wegen versuchten Straßenraubs und Waffenbesitzes zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Nach Verbüßung der Haft wollte Brecht, wie er damals auf einer Karlsruher Redaktion angab, ein „neues Leben beginnen". Durch Vermittlung des Karlsruher Arbeitsamtes und karitativer Verbände gelang es auch, Brecht eine Stelle zu beschaffen. Er hielt es jedoch nirgends lange aus. Am längsten war er als Verkäufer einer Abendzeitung in Karlsruhe tätig. Zum Zeitpunkt der Tat war Brecht arbeitslos.

Karlsruhe. In den Rheinhäfen Karlsruhes wurden im Monat Februar 1952 insgesamt 122 956 Tonnen umgeschlagen. Gegenüber dem Vormonat ist ein Rückgang um 21 530 Tonnen eingetreten (swk)

2367 Aktiengesellschaften oder rund 87 Prozent aller Gesellschaften dieser Rechtsform in der Bundesrepublik haben bis zum 31. Dezember 1951 die Neufestsetzung ihres Grundkapitals bekannt gegeben. Der Durchschnitt der Umstellungen liegt bei 10:8.

Südwestwahlen von größter Bedeutung

Starker Einsatz von Bundespolitikern in der politischen Auseinandersetzung

Karlsruhe (lsw). Die bevorstehende Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung des neuen südwestdeutschen Bundeslandes rückt immer mehr in den Brennpunkt der Bundespolitik. Während in Bonn im politischen Leben Ruhe herrscht, geben sich die führenden Männer der Bundesregierung und der Parteien in den südwestdeutschen Städten ein Stelldichein. Wie ernst der Wahlkampf genommen wird, zeigt die Tatsache, daß selbst Bundesminister in Kleinstädten als Wahlredner auftreten. Man muß jedoch dabei die Feststellung machen, daß in vielen Fällen weniger die Landespolitik als vielmehr die Themen der Bundespolitik, wie freie oder Planwirtschaft, der deutsche Wehrbeitrag, Sozialgesetzgebung und Steuerpolitik behandelt werden. Erfreulich ist es um so mehr, wenn die verantwortlichen Männer der bisherigen drei Landesregierungen in besonderer Weise sich verantwortungsbewußt bei ihren Wahlreden mit der zukünftigen Gestaltung des neuen Bundeslandes beschäftigen.

Ministerpräsident Dr. Meier sagte in Trossingen, er sei davon überzeugt, daß wir mit voller Zuversicht in das neue Bundesland eintreten könnten. Der Zwang der Tatsachen werde so stark sein, daß auch diejenigen, die einer Vereinigung der drei südwestdeutschen Länder gegenwärtig noch negativ gegenüberstehen, sich in die neue Gemeinschaft einfügen werden. Der künftige Südweststaat werde sich durch seine einheitliche Vertretung großen Einfluß verschaffen können.

Dr. Meier bedauerte, daß durch die Behandlung der großen politischen Probleme die Frage des organisatorischen Aufbaus des neuen Bundeslandes im gegenwärtigen Wahlkampf in den Hintergrund geschoben und der Wahlkampf nur im Hinblick auf die Bundestagswahlen im kommenden Jahr geführt werde. Der Ministerpräsident vertrat ferner mit Nachdruck die Forderung nach sparsamster Verwaltung im künftigen Südweststaat.

Nicht Anschluß, sondern Zusammenschluß

Der Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Müller, wandte sich auf einer CDU-Wahlkundgebung in Tübingen gegen die Bemühungen, durch den Ausgang der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung in Südwestdeutschland eine Neuwahl des Bundestages zu erzwingen. Wer solchen Zielen nachstrebe, mißachte das Grundgesetz und die föderativen Grundlagen des Bundes. Bei der Bildung des neuen südwestdeutschen Bundeslandes handle es sich nicht um einen Anschluß, sondern um einen Zusammenschluß. Er werde es nie zulassen, erklärte Müller, daß die Beamten Württemberg-Hohenzollerns den Bestrebungen Stuttgarts geopfert werden, nur damit der dortige Apparat, der zumindest nicht besser sei als der Tübinger, im Amte bleibe. Er halte es aber auch für ausgeschlossen, daß der Versuch der badischen Regierung, in einem Nachtragshaushalt für 1951 noch 300 Stellen zu bewilligen und unterzubringen, die Zustimmung des Ministerrates finde. Dr. Müller trat, wie schon in früheren Wahlversammlungen, für die Bildung von Mittelinstanzen ein.

Schäfer gegen Länderzentralismus

Der Vizepräsident des Bundestages, Dr. Schäfer (FDP), sagte in Lörrach, es werde in Südwestdeutschland vor allem darauf ankommen, einen neuen Länderzentralismus zu verhindern und dafür eine demokratische Selbstverwaltung der Gemeinden zu fördern. Man müsse zwar in der großen wie in der kleinen Politik versuchen, möglichst viele politische Gruppen zusammenzufassen und zusammenzufügen, doch dürften dies keinesfalls einige wenige bewegungsbeschränkte Robotermassen, sondern müßten möglichst viele wendige und handlungsfähige Einzelkörper sein.

Blücher: Es ist nichts unmöglich

Vizekanzler Blücher äußerte sich auf einer Pressekonferenz in Mannheim zu den bevorstehenden Wahlen in Südwestdeutschland und zu Fragen des Wehrbeitrags und der Sozialversicherung. Zum ersten Thema wurde Blücher gefragt, ob er bei der kommenden Regierungsbildung in Stuttgart eine Koalition zwischen der FDP-DVP und der CDU für möglich halte. Blücher bemerkte lächelnd: „Bei Gott und den Preußen ist kein Ding unmöglich". Anlaufschwierigkeiten könnten im neuen südwestdeutschen Bundesland vielleicht in der Frage der Abgrenzunk der Bezirke und der Funktion dieser Bezirke als Mittelinstanz auftreten. Eine solche Mittelinstanz müßte im wesentlichen als Vermittler und als Berichterstatter gegenüber Regierung und Parlament fungieren. Zur Frage eines Wehrbeitrags erklärte der Vizekanzler, die Bundesregierung wolle den Wehrdienst als den „Dienst eines sehr überzeugten Staatsbürgers, der Staatsbürger und nicht Soldat bleiben will", aufgefaßt wissen. Blücher erklärte weiter, es sei damit zu rechnen, daß innerhalb der nächsten zwei Jahre das Sozialversicherungsrecht neu bearbeitet werden müsse. Das jetzige Sozialversicherungsrecht könne nur als Stückwerk bezeichnet werden.

Dr. Schumacher sprach im Rundfunk

Scharfe Kritik an der Politik der Bundesregierung übte der Erste Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, in einer Rede zu den Südweststaatwahlen im Süddeutschen Rundfunk. Die politische Methode der Bundesregierung und der sie stützenden Parteien sei die „des autoritären Verwaltungsstaates", erklärte Dr. Schumacher; das deutsche Volk habe Anspruch auf eine andere Politik und eine Regierung mit anderen Zielen.

Die Frage des deutschen Wehrbeitrages sei noch nicht entschieden. „Das Schlimmste kann noch vermieden werden, wenn die Wählerschaft auf dem Posten ist". Die von der Bundesregierung zugestandene Höhe des finanziellen Verteidigungsbeitrages sei genau die Höhe, wie die Alliierten sie verlangten. Alle Versprechungen der Bundesregierung, eine Ermäßigung zu erreichen, seien in nichts zerronnen. Der vereinbarte Wehrbeitrag in Höhe von 12,4 Milliarden DM verschiebe die wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten in Deutschland. Die soziale Festigkeit sei Voraussetzung für einen Wehrbeitrag. In weiten Kreisen des deutschen Volkes seien aber die Armen ärmer und die Reichen reicher geworden.

Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Erhard (CDU) erklärte in Heidelberg, er habe nicht die geringste Neigung dafür, den Sozialdemokraten die Führung der deutschen Wirtschaftspolitik zu überlassen. Das würde bedeuten, daß man „Säuglingen Rasierklingen zum Spielen gebe".

Minister Dr. Eckert tritt zurück

Regierung änderte den Nachtragshaushalt

Freiburg (lsw). Der südbadische Finanzminister Dr. Wilhelm Eckert hat seinen Rücktritt als Finanzminister bekannt gegeben. Er hat dem badischen Staatspräsidenten und dem Präsidenten des Landtags in einem Schreiben von seinem Schritt Kenntnis gegeben.

Dr. Eckert erklärt in seinem Schreiben, die badische Landesregierung habe am 20. Februar eine Änderung des vom Finanzministerium vorgelegten Entwurfs eines Nachtrags zum Staatshaushalt 1951 beschlossen. Gegen diese Änderung habe er in einem Brief an die Landesregierung Bedenken geäußert, weil sie auf Grund ihres Abweichens von den Richtlinien, die der südwestdeutsche Ministerrat für die Aufstellung der Nachtragshaushalte 1951 gegeben habe, nach seiner Auffassung das Zustandekommen des Nachtragshaushaltes gefährde. Die dennoch dem Landtag zugeleitete Regierungvorlage für den Nachtragshaushalt 1951 könne er deshalb vor dem Landtag nicht vertreten.

Schlägerei in Freiburg

Freiburg (UP). In einer kommunistischen Versammlung mit Max Reimann kam es am Donnerstag abend zu einer schweren Schlägerei zwischen Kommunisten und Andersdenkenden. Bei diesem ersten schweren Zwischenfall im Südwest-Wahlkampf gab es mehrere Leichtverletzte. Auf Wunsch der KPD räumte eine Hundertschaft der Bereitschaftspolizei den Saal.

Wahlkampf mit falschen Vorzeichen?

Bundesrat ohne Einfluß auf Außenpolitik — DVP für völlig neue Grenzen

Stuttgart (ZSH). Die prominentesten Wahlredner der DVP — Bundesminister Wildermuth, Ministerpräsident Reinhold Maier, Finanzminister Frank, Landwirtschaftsminister Herrmann und der Vorsitzende der württemberg-badischen DVP, Dr. Haußmann — bestritten auf einer Pressekonferenz, daß der Wahlkampf im Südwesten einschneidende Änderungen der Politik der Bundesregierung zur Folge haben könnte. Auch eine andere Zusammensetzung des Bundesrates könne den augenblicklichen Kurs der Regierung nicht beeinflussen. Bundesminister Wildermuth meinte, der Wahlkampf würde von einigen Parteien mit falschen Vorzeichen durchgeführt.

Finanzminister Frank sagte, im Bundesrat hätten Landesminister, die den Parteien der Regierungskoalition angehören, Brandreden gegen die Regierung von Stapel gelassen, gegen die sich manche Reden von SPD-Ministern „wie Liebeserklärungen" angehört hätten. Der Bundesrat sähe seine Aufgabe hauptsächlich darin, die Interessen der Länder zu wahren. Zudem sei er „in außenpolitischen Fragen bis zur Lächerlichkeit entmannt". Ministerpräsident Reinhold Maier erinnerte in diesem Zusammenhang an die Bundesrats-Abstimmung über den Schumanplan, die lediglich eine formale Sache gewesen sei und, wäre sie negativ ausgegangen, das Gesetz nicht hätte verhindern können. Auch habe der Bundesrat den Schumanplan keineswegs einstimmig angenommen, sondern lediglich in einer Entschließung gebilligt.

Ministerpräsident Maier und Finanzminister Frank hoben hervor, daß die DVP zunächst den Aufbau des neuen Staates als ihre Hauptaufgabe ansähe. Finanzminister Frank sprach sich gegen jede Übergangs- und Scheinlösung aus. Wie das Land auch immer unterteilt werde, die neuen Grenzen dürften sich unter keinen Umständen mit den bisherigen decken.

In der Schulfrage forderten alle Diskussionsredner die christliche Gemeinschaftsschule. Die Schule sei eine der wichtigsten Aufgaben des Staates und müsse von diesem gemeinsam mit den Eltern gelöst werden. Bezüglich der unterschiedlichen Schulgesetzgebung in den drei südwestdeutschen Ländern meinte Ministerpräsident Dr. Maier, die künftige Regierung müsse sich im wesentlichen an den Karlsruher Staatsvertrag halten, der in Schulfragen einen status quo vorsehe.

ROMAN VON HARALD BAUMGARTEN

Copyright by Carl Duncker, Berlin, durch Verlag v. Graberg & Görg, Wiesbaden

(Schluß)

Nebeneinander gingen sie über das weite Feld und kamen in ein kleines, einfaches Gespräch, das beide einander näher brachte.

Als sie die Straße erreichten, rollten die ersten Wagen des Zirkus Straßbeck an ihnen vorbei.

XXXII.

Der Morgen graute. Fahles Licht lag über dem Güterbahnhof und der Rampe, an der der Zirkuszug beladen wurde.

Noch herrschte bewegtes Leben, obwohl die Wagen schon auf den Loren standen.

Muschi, die Zirkusmutter, lief mit einer riesigen Kaffeekanne von Abteil zu Abteil. Sie schwabbelte und lachte. Sie fühlte sich wohl und wichtig, da sie voller Neuigkeiten steckte. „Wie ich's euch sag, so ist es gewesen! Die Schimpansin Lene hat ihn erschlagen! Is das nu einer vom Zirkus Straßbeck — oder is es keiner?" Laut und eifrig stritten die Stimmen der Artisten gegeneinander an. Keiner spürte die Müdigkeit der durchgearbeiteten Nacht.

Die beiden großen Elefanten tauchten auf und verschwanden über den Laufsteg im Dunkel ihres Wagens.

Pfeifen schrillten auf.

Von der Stadt her hörte man das Schlagen einer Kirchenuhr. Es schallte tief und dröhnend.

Mechanisch zählte Peter Breest mit. Sieben Uhr. Jeden Augenblick konnte der Zug abfahren.

Ungeduldig spähte er nach der Auffahrt.

Plötzlich rief er laut: „Thomas! — Thomas!" Schon von weitem hatte er Thomas Holten erkannt, der die Rampe entlanglief. Er ging ihm rasch entgegen.

„Ich fürchtete schon, ich würde es nicht mehr schaffen, Peter!" sagte Thomas, ganz außer Atem, und drückte fest die Hand des Freundes. „Wie lange dauert es noch, bis der Zug abfährt?"

„Wir haben bereits Verspätung, Thomas. Es kann jeden Augenblick losgehen. Thomas — alter Junge, ich freue mich so, daß du gekommen bist." Langsam schlenderten sie neben den Wagen her. Beide empfanden die alte Freundschaft neu und stark.

„Wenn ich dich nicht mehr angetroffen hätte, wäre ich nach Berlin gekommen, Peter, obwohl es mir schlecht gepaßt hätte. Ich bin ja allein im Kontor. Mit Mutter habe ich schon telefoniert." Holten riß sich den Hut vom Kopf und strich sich die blonde Haarsträhne aus der Stirn. Von seinen Mienen war alles abzulesen. Die Bedrückung der letzten Tage und die Erleichterung, die er jetzt empfand. „Hast du schon — hast du schon mit Viktorias Vater gesprochen?"

„Wir haben fast die ganze Nacht zusammengesessen. Er war schließlich mit allem einverstanden. In acht Tagen will er mit Viktoria nach Berlin kommen." Peter legte Holten die Hand auf die Schulter.

Thomas fühlte, daß er mit Worten kämpfte. „Nein — nein — laß nur. Es ist schon richtig so. Ich komme darüber hinweg. Unsinn — ich bin darüber hinweg . . . Aber, was ich dir noch sagen wollte . . . Ich fahre zu deinem Vater. Es muß unbedingt alles aufgeklärt werden . . ."

„Wir wollen doch nicht von Vergangenem reden, Thomas."

„Doch, das bin ich dir und mir schuldig, Peter."

„Einsteigen!" rief der Zugbegleiter.

„Fertig!" brüllte Dobrovan durch sein Megaphon und schwang sich auf das Trittbrett.

Fest drückten sich die Freunde noch einmal die Hand. „Wiedersehen, Peter!" — „Wiedersehen, Thomas!"

Der Zug setzte sich in Bewegung. Im Osten kämpfte sich das Licht des Sonnenballs durch den Dunst des Morgennebels. Immer schneller kreisten die Räder.

Die Wohnwagen schütterten auf ihren Loren.

Valenci saß am Bett des Zwerges Willi und hielt ein Kursbuch dicht vor seine kurzsichtigen Augen. „Ich habe meine Brille verlegt, aber es geht auch so. Zwölf Uhr an Konstanz. Dann nimmst du einen Dampfer. Die fahren häufig. In Meersburg steigst du aus. Weißt du, wo das Schloß mit dem unterirdischen Gang ist, der im Pferdestall anfängt. Schlaue Burschen — die alten Raubritter auf der Meersburg. Ja, und dort sagt dir jedes Kind den Weg zu Alberto Piavos Artistenheim. Du mußt alles gut vorbereiten. Es wird viel Arbeit, Willi. Aber ich werde eine Menge dadurch sparen können. Und vergiß nicht, dich im Angeln zu üben. Es ist gar nicht so einfach. Blaufelchen schmecken herrlich!" Er schnalzte genießerisch mit der Zunge. „Ich habe mir alle Rezepte aufgeschrieben. Im Juni komme ich selbst. Ins Ausland gehe ich nicht mehr. Ich bleibe dann am Bodensee. Ach, Willi — der Bodensee! Die Berge, wenn die Sonne untergeht — und die Seefläche, wie ein riesiger Opal . . ." Valenci schwieg und legte das Kursbuch beiseite. Der Zwerg Willi war eingeschlafen. Sein Gesicht war entspannt. Er atmete tief und regelmäßig.

Die Räder kreisten. Felder, Bäume, Dörfer und Städte glitten vorbei. Ja, ja — sann der dumme August Valenci — so geht es. Räderumdrehung und Räderumdrehung. Sekunde um Sekunde. Man wird alt und merkt es kaum . . . Ich setze mich am Bodensee zur Ruhe und angle Blaufelchen . . . Wenn ich nur wüßte, wo ich meine Brille hingelegt habe . . .

ENDE

Das allerletzte Wort

Eine Geschichte zum Schmunzeln / Von Kurt A. B. Lederer

Otto brauchte Geld. Viel Geld sogar. 2500 D-Mark fehlten noch, um das eigene Heim einrichten zu können. Er wollte Hannelore heiraten, also mußte das Geld herbei.

Etwas wehmütig betrachtete er zum letzten Male den schönen Ring, bevor er ihn in das Etui zurücklegte. Es war das einzige Stück seines Erbgutes, das er opfern konnte.

Onkel Karl war Juwelier. Er ist ein gerissener und guter Geschäftsmann, der den hohen Wert des Ringes sofort erkennen würde.

„Wenn Du mir 2500 DM dafür zahlen willst, behalte ihn und überweise das Geld sofort. Wenn nicht, schicke den Ring zurück." Der Zettel wurde dem Päckchen beigelegt und hoffnungsvoll pfeifend ging Otto zur Post. Telegraphisch kam die Antwort: „Ring keine 2500 wert, gebe 1500." Otto schrieb zurück: „Preis 2500 und keinen Pfennig weniger".

Am nächsten Tag kam das Telegramm: „Biete 2000; letztes Wort."

„Ring kostet 2500 oder sofort zurück", antwortete Otto.

Einige Tage später kam das Päckchen sorgfältig versiegelt zurück. Auf dem nochmals versiegelten Etui lag ein Zettel. „Als Schachmann sage ich Dir, daß der Ring keine 2500 D-Mark wert ist. Nur ein Idiot wird einen solchen Preis dafür zahlen. Weil Du jedoch mein Neffe bist, biete ich Dir 2300. Das ist mein allerletztes Wort. Wenn Du ihn mir für diesen Preis lassen willst, öffne das Etui erst gar nicht. Laß es versiegelt und sende es zurück. Willst Du nicht, dann nimm den Ring in Gottes Namen wieder; Du wirst ihn doch nie los!"

Einen Augenblick stutzte Otto. In Gedanken sah er schon seinen Rettungsring davonschwimmen. „Geizkragen", knirschte er dann und riß doch die Siegel vom Etui. Der Ring war nicht darin. Stattdessen fiel ihm ein Zettel und ein Scheck entgegen.

„Ist schon gut! — Sei nicht böse über meinen Scherz. Hier hast Du Deine 2500 und viel Glück im neuen Heim. Das ist mein allerletztes Wort", stand auf dem Zettel.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Unser Rundfunk

VON SONNTAG, 9. MÄRZ 1952 — BIS SAMSTAG, 15. MÄRZ 1952

SÜDDEUTSCHER RUNDFUNK

Radio Stuttgart 528 m = 575 kHz

Gleichbleibende Sendungen

Nachr. 5.30 (W), 6.00 (W), 7.00 (W), 7.55, 9.00 (W), 12.45, 18.30 (W), 19.30, 22.00, 0.00
Südwestdeutsche Heimatpost: 6.40 17.40 (W)
Andacht: 5.55 (W), 7.05 (W), 8.45 (So)
Landfunk 5.20 (W), 8.00 So, 11.45 (Di, Mi, Do, Sa)
Frauenfunk: 8.00 (W), 14.00 (Do) 16.50 (Di), 18.35 (Fr)
Suchmeldungen: 9.45 (W)
Kulturumschau: 11.40 (Mo, Fr)
Echo aus Baden: 13.00 (W)
Aus unserer Heimat: 13.30 (So)
Chorgesang: 14.00 (So)
Sport: 14.00 (Sa), 18.30 (Do), 19.00 (So), 21.45 (So, Sa)
Zeitgeschehen: 14.15 (Sa), 19.45 (Mo—Fr)
Kinderfunk: 14.30 (So, Mi), 15.30 (Mo, Fr)
Wirtschaft: 15.45 (Mo-Fr), 18.30 (Mi)
Bücher: 18.45 (Mo,Do,Fr) 21.00 (Di)
Mensch und Arbeit: 18.50 (Mo, Di, Fr, Sa)
Sendeschluß: 0.05 (Mo, Di, Mi, Fr) 1.00 (So, Do, Sa)

Sonntag, 9. März 1952

7.00 Morgenandacht (Methodisten)
7.15 Hafenkonzert
8.45 Kath. Morgenfeier
9.15 Geistliche Musik
10.30 Melodien am Sonntagmorgen
11.20 Robert Schumann: IV. Symphonie d-moll
12.00 Musik am Mittag
13.00 Aus heiteren Opern
13.30 Aus unserer Heimat
14.00 Chorgesang
15.00 Vergnügter Nachmittag
17.00 „Die verschlossene Tür" (Hörspiel)
18.00 Orchesterkonzert (Rundfunk-Symphonieorchester)
20.05 Musik zur Unterhaltung. Wahlergebnisse
22.10 Leichte Musik. Wahlergebnisse

Montag, 10. März 1952

8.15 Melodien am Morgen
9.05 Kleine Stücke
10.15 Schulfunk: Deutschland um das Jahr 1830
12.00 Musik am Mittag (Badisches Konzertorchester)
15.00 Schulfunk: Hohenlohe Haferflocken
16.00 Nachmittagskonzert Pfalzorchester Ludwigshafen
17.00 Konzertstunde
18.00 Aus beliebten Operetten
20.05 Mahler: I. Symphonie D-dur
21.00 „Die größere Hoffnung" (Ilse Aichinger)
21.45 Couperin: Concert royal
22.20 Südfunk-Tanzorchester
23.00 Meine Freunde — Deine Freunde
23.30 Kleines Konzert

Dienstag, 11. März 1952

8.15 Melodien am Morgen (Städt. Orchester Heidelberg)
9.05 Melodien aus Tonfilmen
10.15 Schulfunk: Hohenlohe Haferflocken
11.15 Kleines Konzert (Franz Liszt, Robert Franz)
12.00 Musik am Mittag (Rundfunk-Unterhaltungsorchester)
15.00 Schulfunk: Musik
15.30 W. Schaumeyer am Klavier
16.00 Nachmittagskonzert (Grieg, Gade, Sibelius)
17.05 Zum Fünf-Uhr-Tee
18.00 Klänge der Heimat
19.05 Musik am Abend
20.05 „Der Kuß", Volksoper von Friedrich Smetana
22.20 Tanzmusik
23.15 Im Glenn-Miller-Stil

Mittwoch, 12. März 1952

8.15 Melodien am Morgen
9.05 Kleines Konzert
10.15 Schulfunk: Musik
12.00 Musik am Mittag
14.15 Unterhaltungsmusik
15.00 Schulfunk: Gleichheit vor dem Gesetz
15.30 Ernst Simon am Klavier
16.00 Sie kamen nicht zurück (Emigrierte deutsche Schriftsteller)
16.15 Nachmittagskonzert
17.15 Alte und neue Klaviermusik
18.00 Südfunk-Tanzorchester
20.05 Stuttgarter Volksmusik
20.30 „Die schwäbische Schöpfung"
21.30 Lieder aus aller Welt
22.40 Über den Antisemitismus
23.10 Genfer Ballade
23.45 Nachtfeuilleton

Donnerstag, 13. März 1952

8.15 Melodien am Morgen
9.05 Unterhaltungsmusik
10.15 Schulfunk: Gleichheit vor dem Gesetz
11.15 Tschaikowsky: II. Symphonie c-moll
12.00 Musik am Mittag
15.00 Schulfunk: Engl. Franz.
15.30 Walter Dürr am Klavier
16.00 Konzertstunde
16.45 „Gibt es keinen Weg?" (Gespräch mit Israeli-Studenten)
17.10 Exotisches Bilderbuch (Städt. Orchester Heidelberg)
18.00 Klänge aus London
20.05 Wir senden — Sie spenden
20.45 Volksmusik aus aller Welt
21.30 Abenteuer Harry Limes
22.20 Diogenes im Fäß
23.10 Orchesterkonzert

Freitag, 14. März 1952

8.15 Melodien am Morgen
9.05 Kleine Stücke und Lieder
10.15 Schulfunk: Engl., Franz.
12.00 Musik am Mittag (Pfalzorch. Ludwigshafen)
14.00 Kalenderwettbewerb, Bekanntgabe der Gewinner
15.00 Schulfunk: Weltkrieg
16.00 Nachmittagskonzert
17.00 Froh und heiter
18.00 Karlsruh. Unterhaltungsorch.
19.05 Verliebte Tasten
20.05 Rundfunk-Symphonieorchester (Mendelssohn, Reger)
20.45 Flimprisma
21.00 Beliebte Stimmen aus Frankreich
21.30 „Die Komödie" (Gespräch)
22.20 Schlager aus aller Welt
23.15 Unterhaltung und Tanz

Samstag, 15. März 1952

8.15 Melodien am Morgen (Kammertanzorchester)
9.05 Unterhaltungsmusik
10.15 Schulfunk: Vogelstimmen. Singt mit!
11.15 Kleines Konzert
12.05 Musik am Mittag (Großes Rundfunkorchester)
15.00 Unsere Volksmusik
16.00 Rundfunk-Unterhaltungsorch.
17.00 Wir senden — Sie spenden
18.00 Bekannte Solisten
19.10 Stuttgarter Volksmusik
20.05 „Herrn Pfelderers Abenteuer"
20.50 Unterhaltungskonzert (Großes Rundfunkorchester)
22.45 Tanz und Unterhaltung
23.00 Melodie zur Mitternacht
0.05 Nachtkonzert (Beethoven)

SÜDWESTFUNK

Baden-Baden und Freiburg = 363 m
Rheinsender 295 m - Reutlingen 195 m

Gleichbleibende Sendungen

Sendebeginn: 6.00 (W), 7.00 (So)
Nachr.: 6.05 (W), 7.00, 8.00, 9.30 (W), 12.45, 17.30 (W), 22.00, 0.00
Sport: 6.00 (Mo), 17.30 (W), 18.20 (Mo), 18.30 (So), 19.30 (Mi), 22.15 (Sa), 22.20 (So)
Andacht: 6.50 (W), 8.30, 9.15 (So)
Gymnastik: 7.10 (W)
Frauenfunk: 7.20 (Di, Do, Sa), 9.00 (Mo, Mi, Fr)
Eigenprogramme der Studios: 8.15 11.30 (W), 12.00 (So), 17.40 (W) 19.00 (So)
Franz. Sprachunterr.: 14.20 (Mo-Fr)
Bücher: 14.20 (Sa), 16.15 (Mi)
Kinderfunk: 14.30 (Do), 15.00 (So)
Jugendf.: 14.30 (Di, Sa), 18.20 (Do)
Wissenschaft: 15.00 (Do), 17.00 (Mi) 23.00 (So)
Zeitfunk: 19.00 (Mo-Fr), 19.15 (Sa) 19.40 (So)

Sonntag, 9. März 1952

8.30 Evang. Morgenfeier
9.15 Kath. Morgenfeier
9.45 Arndt, Beethoven
10.30 „Friede mit Israel"
11.00 Musik zum Vormittag
12.15 Kl. Unterhaltungs-Orchester
13.30 Musik nach Tisch
14.30 Ouvertüren u. Zwischenspiele
15.30 Musik am Nachmittag
16.30 „Viel Steine gab's und wenig Brot", Besuch bei den Beller Backofenbauern
17.00 Konzert des SWF-Orchesters (Strawinsky)
19.20 Kleine Abendmusik, deutsche Volkslieder
20.00 Unterhaltungs-Konzert, Wahlsonderdienst
22.30 Unterhaltungs- und Tanzmusik, Wahlsonderdienst

Montag, 10. März 1952

6.50 Evang. Morgenandacht
7.30 Musik am Morgen
8.40 Musikalisches Intermezzo
11.45 Freiburg: Volkstümliche Melodien aus dem Schwarzwald
12.15 Mittags-Konzert
14.30 Schulfunk: Joh. H. Wichern
15.15 Montag fängt die Woche an
16.15 „Demokritos" — alias Karl Julius Weber
16.45 Solisten-Konzert
17.40 Freiburg: Dr. Hans Wedel, Rheinland-Pfalz: Besuch bei Arno Schmidt
20.00 Orchester Kurt Edelhagen
21.00 „Die Hochzeit des Figaro" Szenen aus der Oper von W. A. Mozart
22.20 Klaviermusik (Albeniz)
23.30 Gedichte von Enrique Beck

Dienstag, 11. März 1952

6.50 Kath. Morgenandacht
7.30 Musik am Morgen
8.40 Musikal. Intermezzo (Chopin)
9.00 Schulfunk: Joh. H. Wichern
12.15 Mittags-Konzert
13.30 Musik nach Tisch
15.00 Schulfunk: Tiere Australiens
15.15 Heimische Künstler
16.00 Orchester-Konzert: Münchener Philharmoniker (Blacher, Mendelssohn-Bartholdy)
16.45 Erzählung der Woche: „Aus den Memoiren eines Fensters" (Wolfgang Lohmeyer)
17.00 Musik zur Unterhaltung
20.00 Kl. Unterhaltungs-Orchester
20.30 „Die Antwort" (Hörspiel)
22.30 Arthur Honegger, zum 60 Geburtstag
23.30 Jazz 1952!

Mittwoch, 12. März 1952

6.50 Evang. Morgenandacht
7.30 Musik am Morgen
8.40 Musikalisches Intermezzo (Couperin, Händel)
11.30 Freiburg: Kleines Konzert
12.15 Mittags-Konzert
14.30 Schulfunk: Hochseefischer
15.15 Nachmittags-Konzert
16.30 Sang u. Klang im Volkston
17.00 Ist Lepra heilbar?
17.20 Klaviermusik (Français)
17.40 Tübingen: Volksballaden auf Schwäbisch, Kleines Intermezzo, Rheinland-Pfalz: Unterhaltungs-Orchester
20.00 Melodienreigen
21.40 Chorgesang
22.20 Klaviermusik (Schumann)
22.30 Else Lasker — Schüler
23.00 Tanzmusik

Donnerstag, 13. März 1952

6.50 Kath. Morgenandacht
7.30 Musik am Morgen
8.40 Musikalisches Intermezzo (Wirén, Glasounow, Williams)
9.00 Schulfunk: Hochseefischer
11.30 Tübingen: Schwäbisch geschwätzt ond gsonga!
12.15 Kl. Unterhaltungs-Orchester
13.30 Musik nach Tisch
13.15 Nachwuchs stellt sich vor
16.45 Klaviermusik (Hindemith)
17.40 Tübingen: „Im Wald und auf der Heide . . ."
20.00 Gr. Unterhaltungs-Orchester: „Wien — Berlin"
21.00 Alfred Wegener — Ein Leben für die Idee
22.30 Das Prisma (Vivaldi, Mozart, Durante, Milhaud, Holst)
23.30 Englische Volksmusik

Freitag, 14. März 1952

6.50 Evang. Morgenandacht
7.30 Musik am Morgen
8.40 Musikalisches Intermezzo (Debussy)
12.15 Mittags-Konzert
14.30 Schulfunk: Ernst Barlach
15.15 Musik am Nachmittag
15.45 Das Tüpfelchen auf dem „i"
16.00 Solisten-Konzert
16.45 Gr. Unterhaltungs-Orchester
17.40 Rheinland-Pfalz: Heitere Volksmusik
20.00 Operettenklänge
21.00 Die großen Meister (Roussel: Sinfonietta für Streich-Orchester, Tschaikowsky: Sinfonie Nr. 4 in f-moll op. 36)
22. Dreißig fröhliche Minuten
23.15 Nachtstudio (Debussy, Messiaen, Milhaud)

Samstag, 15. März 1952

6.50 Kath. Morgenandacht
7.30 Musik am Morgen
8.40 Musikalisches Intermezzo (Clementi)
9.00 Schulfunk: Ernst Barlach
12.15 Mittags-Konzert
13.30 Musik nach Tisch: „So viel Schwung!"
15.00 Aus der Welt der Oper
16.30 Unser Samstag-Nachmittag
17.40 Tübingen: Sie hören — Sie entscheiden! (Erzähler-Wettbewerb). — Rheinland-Pfalz: „Bei Bohnestiels"
20.00 Klingende Kleinigkeiten
20.15 „Renovierte Ehe", heiteres Spiel von Helene Schmoll
21.00 „Wie Hoheit befehlen!", Serenissimus zu Gast beim SWF
22.30 Der SWF bittet zum Tanz

Aus der badischen Heimat

Weinheim feiert Sommertags-Jubiläum

Weinheim (lwb). Das 50jährige Jubiläum des Weinheimer Sommertagszuges, eines der bekanntesten Volksfeste an der Bergstraße, will die Stadt in diesem Jahre besonders festlich gestalten. Den Auftakt des Jubiläums bildet am kommenden Sonntag ein großer Ballonwettbewerb der Weinheimer Jugend. Verkehrsverein und Einzelhandel haben wertvolle Preise ausgesetzt. Die Hauptfeier mit dem Festzug, zu dem Tausende von Besuchern aus nah und fern erwartet werden, findet am 23. März statt. Höhepunkt wird dabei die symbolische Verbrennung des Winters sein.

Kinder verursachten Großbrand

Über 30 000 DM Sachschaden

Michelstadt (swk). Auf dem Lagerplatz einer Rohproduktenhandlung in Michelstadt im Odenwald hatten spielende Kinder ein Feuerchen angezündet. Die Flamme sprang auf eine große Industriehalle über, die samt einem 3,5-t-Lastwagen und Vorräten vollständig ausbrannte. Die Feuerwehr hatte schwere Arbeit, da das Löschwasser mehrere Karbidfässer zur Explosion brachte. Der entstandene Sachschaden beträgt über 30 000 Mark.

Überwindung der Landesgrenzen

Pforzheim (swk). Auf Grund eines Beschlusses des Stadtrates ist die Stadt Pforzheim dem „Landesverkehrsverband Württemberg" beigetreten. Damit tat die Goldstadt die ersten praktischen Schritte zur Überwindung der in der Verwaltung zwar noch bestehenden, wirtschaftlich aber hinfällig gewordenen Landesgrenzen. Die Industrie- und Handelskammer ging bereits vor einigen Monaten den gleichen Weg. Die kommunalen Behörden erstreben, wenn die Wünsche und Forderungen der Stadt badischerseits keine genügende Berücksichtigung finden, den Anschluß an einen württembergischen Verwaltungsbezirk.

Pforzheim. Nach einem Erlaß des Präsidenten des Landesbezirks Baden wird die Meisterschule für das Edelmetall- und Schmuckgewerbe und die Goldschmiedeschule (Gewerbliche Berufs- und Berufsfachschule) ab 1. April zu einer Anstalt vereinigt werden. (lsw)

Pforzheim. Ein betrunkener Jugendlicher terrorisierte in einem Restaurant die anwesenden Gäste. Die herbeigerufene Polizei lehnte es ab, den Randalierer auf „Nummero Sicher" zu bringen, da die Ernüchterungszellen überbelegt seien. (swk)

Eine Rosenausstellung in Baden-Baden

Baden-Baden (lsw). Hunderttausend Schnittrosen aller Farben und Gattungen sowie 230 angepflanzte Rosensorten werden auf einer internationalen Rosenausstellung gezeigt, die vom 12. bis 14. Juli in Baden-Baden stattfinden wird. An der Ausstellung, die vom Verein Deutscher Rosenfreunde in Verbindung mit der Bäder- und Kurverwaltung Baden-Baden veranstaltet wird, beteiligen sich Züchter aus zahlreichen Ländern Europas und aus den Vereinigten Staaten. Während der Ausstellung wird eine internationale Fachkommission die schönste Rosenneuheit der letzten drei Jahre ermitteln, während das Publikum „die schönste Rose Baden-Badens 1952" wählt. Höhepunkt des Festes wird ein Rosenkorso bilden. Dabei sollen vierzig Wagen und Gruppen die Geschichte der Rose von der babylonisch-assyrischen Kulturepoche 2600 v. Chr. bis zur Gegenwart darstellen.

Hausach im Kinzigtal. Die Sommerfrischen, Kurorte und Wintersportplätze im Murgtal und im oberen und mittleren Kinzigtal haben sich zu einer „Verkehrsgemeinschaft Schwarzwald-Tälerstraßen" zusammengeschlossen. (lsw)

Bühl. Das traditionelle Bühler Zwetschgenfest wird dieses Jahr am 10. August stattfinden. Es ist beabsichtigt, das 1927 erstmals veranstaltete beliebte Volksfest mit einem großen Festzug zu feiern. (lsw)

Eine gut organisierte Autodiebesbande

Offenburg (swk). Seit einiger Zeit macht eine gut organisierte Autodiebesbande die Südwestecke der Bundesrepublik unsicher. Es handelt sich um drei arbeitslose Burschen, denen sich ein Mädchen im Alter von 18 Jahren angeschlossen hat. Ihre Tätigkeit begannen die Gangster in Bad Kreuznach, wo sie einen Personenkraftwagen entwendeten, um damit nach Karlsruhe zu entkommen. Dort stahlen sie das Fahrzeug eines Arztes und gelangten damit nach Freiburg. Die Polizeibehörden vermuten, daß die Bande ihr Handwerk jetzt in die Bodenseegegend verlegt hat, um von dort nach der Schweiz hinüberzuwechseln.

Zeugen entlasten Klingenschmidt

Grenzacher Zollbeamte sagen aus

Freiburg (lsw). Im Prozeß Klingenschmidt wurde am 4. Tag der Verhandlung der Hauptangeklagte von mehreren Zeugen entlastet. Der 44jährige Zollassistent Brosecker aus Grenzach, der auch zu den Beschuldigungen gegen den Angeklagten Konneth gehört wurde, erklärte, sein ehemaliger Chef Klingenschmidt habe keinen großen Aufwand in seiner persönlichen Lebensführung getrieben. Der Zollassistent Mönch ergänzte die entlastenden Aussagen Broseckers. Der Zollgrenzkommissar Streng und der Zollinspektor Dramer entlasteten sowohl Klingenschmidt als auch den Angeklagten Brömme weitgehend.

Zuvor war Brosecker zum Fall Konneth gehört worden. Der Zeuge hatte teilweise Transporte Konneths begleitet. Brosecker wurde vom Gericht nicht vereidigt, weil er wegen einer anderen Angelegenheit suspendiert ist, über die er die Aussage verweigert hatte.

Das System der Locksendungen

Am Nachmittag interessierte sich das Gericht hauptsächlich für elf sogenannte Köder- bzw. Locksendungen, die von November 1948 bis März 1949 unter falscher Deklarierung über den Güterbahnhof Basel und den Badischen Bahnhof eingeführt worden waren. Der Zollinspektor Tippner sagte als Zeuge, er habe von dem französischen Zollkommandanten Hamann den Auftrag bekommen, einige dieser elf Eisenbahnwaggons zum Badischen Bahnhof zu leiten und dann die Zollfahndung zu benachrichtigen. Auch Klingenschmidt, der seine Weisungen direkt von Hamann bekommen habe, sei wie alle Zollbeamten diesen Locksendungen nicht hundertprozentig sympathisch gegenübergestanden. Klingenschmidt habe gegenüber Hamann wegen dieser Sendungen auch Bedenken geäußert. Dieser sei jedoch ein „guter Zollfahnder" gewesen und habe die Sendungen auf deutsches Gebiet gebracht, um auf diese Weise die Hintermänner von Großschiebungen zu ermitteln.

Auch Oberzollinspektor Wolf, der zu jener Zeit auf dem Güterbahnhof Basel arbeitete, sagte, er habe gegen die Locksendungen Bedenken gehabt, und diese Hamann vorgetragen. Hamann habe ihm erwidert: „Sie brauchen keine Angst zu haben, Sie sind durch mich gedeckt". Die Waggons, deren Inhalt meist als Tafelobst deklariert gewesen sei, hätten ohne Überprüfung abgefertigt werden müssen. Der Zeuge Tippner ergänzte die Aussagen Wolfs und erklärte, kurz nach der Verhaftung von Klingenschmidt sei der Amtmann Kannengießer vom badischen Finanzministerium zur Überprüfung der Arbeit der Zollfahndung an der Grenze erschienen und habe Wolf, der sich geweigert habe, einen falsch deklarierten Waggon abzufertigen, in einem außerordentlich scharfen Ton angewiesen, die Begleitpapiere zu unterschreiben. Gegen Ende der Nachmittagsverhandlung wurde Hamann als Zeuge vorgeführt. Wie bereits am Mittwoch wurde die Öffentlichkeit wieder ausgeschlossen. Die zahlreichen Zuhörer quittierten die Aufforderung des Vorsitzenden zum Verlassen des Saals mit Mißfallensäußerungen.

Die Appenweier Morde vor Gericht

Die Bemühungen des Militärtribunals

Freiburg (lsw). Das französische Militärtribunal in Freiburg bemüht sich zur Zeit, Licht in die noch nicht aufgeklärten Mordfälle von Appenweier aus dem Jahre 1945 zu bringen. Kurz nach dem Einmarsch der französischen Truppen in Appenweier waren der Lehrer Walter, der Apotheker Zimmermann und ein Bürger namens Goldmann von den Franzosen verhaftet, gefoltert und schließlich getötet worden.

Die Festgenommenen wurden nach Zeugenaussagen von den Soldaten geschlagen, mußten barfuß über heißen Teer laufen und erhielten schließlich den Gnadenschuß. Walter und Zimmermann gehörten der NSDAP an. Denunzianten sollen sie durch unwahre Behauptungen schwer belastet haben. Nach den Ermittlungen des französischen Gerichts soll damals auf dem Rathaus in Appenweier eine Liste derjenigen Leute ausgelegt gewesen sein, mit denen man wegen ihrer Parteizugehörigkeit „kurzen Prozeß machen" sollte. Diese Liste soll von einem heute noch nicht ermittelten Deutschen dem damaligen französischen Kommandanten Collet in die Hände gespielt worden sein. Trotz der vielen Zeugenvernehmungen konnte die Voruntersuchung noch keine lückenlose Klarheit schaffen. Man erwartet, daß die Hauptverhandlung, deren Termin noch nicht feststeht, den Fall restlos klären wird.

Heuberg-Wasserversorgung wird ausgebaut

Stockach (lds). Die Wasserversorgung des Heuberg-Gebietes wird in nächster Zeit weiter ausgebaut. Es ist vorgesehen, entweder schon bestehende Wasserversorgungsgruppen zusammenzuschließen oder, unabhängig von den bisher bestehenden Gruppen, eine neue Gruppe zu gründen. Voraussetzung für die Wasserlieferung ist die Quellfassung des „Groß-Schmiede-Brunnens" im Donautal. Diese Quelle liefert selbst in der trokkenen Jahreszeit noch 220 Liter in der Sekunde. Die Kosten für dieses Projekt werden mit etwa 3,5 Millionen DM veranschlagt. Das Trinkwasser aus dem Donautal würde dabei billiger sein als das Bodenseewasser, das bei Sipplingen dem Überlinger See entnommen und durch eine Fernleitung nach Württemberg geleitet werden soll.

Ins Abenteuer mit gestohlenem Auto

Weil, Rhein (lsw). „Wir wollten uns die Welt ansehen", gaben zwei jugendliche Ausreißer aus Bad Kreuznach an, als sie in Weil am Rhein festgenommen wurden. Die beiden Jugendlichen, 17 und 18 Jahre alt, hatten ihre abenteuerliche Reise in der vergangenen Woche mit einem gestohlenen Personenwagen begonnen. In Karlsruhe ließen sie den Wagen stehen und mit zwei Koffern mit Kleidern und Wäsche, die die Burschen in dem Wagen gefunden hatten, setzten sie ihre Fahrt nach Süden „per Anhalter" fort. In Weil stahlen die hungrigen Ausreißer aus dem Keller eines Privathauses einige Gläser mit Eingemachtem und vor allem Werkzeug, mit dem sie in zwei Verkaufsstände einzubrechen versuchten, um ihrem Mangel an Bargeld abzuhelfen. Dabei wurden sie jedoch ertappt und festgenommen.

Überlingen. Ab 1. März sind die Pfahlbauten bei Unteruhldingen am Bodensee wieder zur Besichtigung freigegeben. Im Verlauf des Winters wurden wichtige Renovierungsarbeiten ausgeführt. (swk)

Aus den Nachbarländern

Pole schießt auf seine geschiedene Frau

Stuttgart (lsw). Ein 35jähriger polnischer Staatsangehöriger hat in der Stuttgarter Hauptmannsreute seine 34jährige geschiedene Frau gestellt und nach einem kurzen Wortwechsel aus einer Pistole einen Schuß auf sie abgegeben, ohne jedoch zu treffen. Unmittelbar darauf ergriff der Täter die Flucht, konnte jedoch später festgenommen werden. Der Täter hat inzwischen gestanden, daß er die Absicht gehabt habe, seine frühere Frau zu töten. Die Waffe habe jedoch nach Abgabe des ersten Schusses versagt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg